

# Sozialdemokratischer Pressedienst

**Verleger und Sekretär:**  
**Ernst Thälmann, Berlin.**  
Telefon: **121 1212**



**Redaktion für Druck und Gestaltung:**  
**Berlin O 20 01, Teltow-Strasse, Platz 8**  
Telefon: **624 624**

Die Herstellung erfolgt im Selbstverlag.  
Der Inhalt ist nur ein Auszug aus dem Sozialdemokratischen Pressedienst. Alle Rechte vorbehalten.  
Der Druck erfolgt in der Druckerei des Sozialdemokratischen Pressedienstes in Berlin.

Berlin, den 11. Okt. 1932.

Int. Institut  
f. Gesch. d. Sozialdemokratie  
Amsterdam

"Feine Leute"?

Ihre Bügelfalte und ihr Charakter.

SPD. Seit vier Monaten regieren in Deutschland die Barone. Es sind die Herren vom besten Adel. Zahllose Sozialdemokraten, Republikaner und Bürgerliche, die ein Jahrzehnt und mehr dem Staat und dem Volk mit bestem Wissen und Willen gedient haben, sind abgesetzt und zum grossen Teil ersetzt durch Adlige, Offiziere und ehemalige Korpsstudenten. Alles wie einst, unter Wilhelm II. Die Grafen, die Freiherrn, die Ritter und die Edlen von und zu massen sich wieder eine Rolle an, als bildeten sie 99 % des Volkes und nicht 1 %, das sie in Wirklichkeit darstellen. Das ist der Grund, weshalb das Volk diese Regierung Papen "das Kabinett der Barone" nennt. Nicht, weil sie sich aus Baronen zusammensetzt; sondern weil die Herren nichts gelernt und nichts vergessen haben, weil es die alten Methoden sind von anno 1900, der unheilvolle Geist von 1914, der weder dem deutschen Volk noch der Welt Gutes gebracht hat.

Im Augenblick steht dieses "Kabinett der Barone", stehen seine Regierungsmethoden vor den Schranken des höchsten deutschen Gerichts unter Anklage. Es geht nicht um die "vornehme" Art wie die "feinen Leute" Brüning gestürzt haben, es geht um die wahren Motive, die diese Herren der "grundsätzlich neuen Staatsführung" und Gotteswandler auf Erden am 20. Juli zu dem Schlag gegen die republikanische preussische Regierung veranlassten. Es sind Motive, ebenso "vornehm" und "fein" wie die, die zum Sturze Brünings führten und schliesslich dazu, dass die gegenwärtigen Machthaber, eingedenk ihrer "Christenpflicht", ihrer "Ueberparteilichkeit" und ihres "Sauberkeitwillens" preussische Beamte über ihre gewaltsam des Amtes enthobene Vorgesetzten aushorchen liessen. Vertreter dieser Sorte "grundsätzlich neuer Staatspflicht" vor dem Staatsgerichtshof in Leipzig ist der deutschnationale Ministerialdirektor Gottheiner. Er passt zu seinen Auftraggebern wie bestellt. Was zu ihrer Charakteristik in den Augen des Volkes noch fehlt, hat er vollendet.

Am ersten Verhandlungstag hat der Vertreter der adligen und hochgeborenen Reichsregierung, besagter Herr Gottheiner, den abgesetzten Gegner in einer geschmacklosen und erbärmlichen Art beleidigt und beschmutzt, als gelte es einen Streit zwischen den Caros und den Petschecks. Der noble Sachverwalter altpreussischer Adelsgeschlechter und eines Kabinetts von Baronen unterschob einer Persönlichkeit wie Otto Braun, dessen ganze Sorge und Bekümmernis um den 20. Juli habe darin bestanden, ob und wieviel Gehalt er künftig bekomme. Es war ein anderer altpreussischer Beamter, Ministerialdirektor Dr. Brecht, der Vertreter Preussens und einer der vornehmsten, anerkanntesten und verdienstvollsten Beamten, der sich zitternd vor Erregung gegen den edlen Preisfechter des Kabinetts der Barone wandte. Es war der höchste Richter des Deutschen Reiches, der Vorsitzende Dr. Bumke, der dem Schmäher und Schleppenträger den Geifermund abwischen musste, weil dieser selbst nicht das Gefühl dazu auf-

brachte. Klein und hässlich stand er am Schlusse da, wie ein abgekanzelter Sextaner, aber den Mut, die Unwahrheit zurückzunehmen, den fand der Herr Vertreter des Adelskabinetts nicht. Wie dieser Gottheiner, so seine Auftraggeber. Keiner von ihnen hat bisher auch nur den Versuch gemacht von ihm abzurücken oder sich gegen seine Verleumdungen zu wenden.

Methoden des Herrenklubs? Wir haben uns bisher die Manieren "feiner Leute anders vorgestellt. Aber in der Gottheinerei vor dem Staatsgerichtshof offenbart sich ein System. Jenes System, das wir mit der grössten Berechtigung als "Kabinett der Barone" gekennzeichnet haben. Ein System und seine Herren, das im Verlangen der deutschen Arbeiterklasse nach Freiheit und Gleichberechtigung nur die Sehnsucht sieht nach Posten und fettem Verdienst, nach Lohn und Pension. Ein System, das die deutschen Arbeiter zu Menschen zweiter Klasse degradieren möchte und deshalb seine Führer ungestört verleumden lässt. Niemals haben diese Herren das Volk begriffen und was sie von Nation verstehen, das geht nicht hinaus über die eigne Klitsche und reicht nicht weiter als bis zum eignen Portemonnaie.

"Feine Leute"? Jawohl es sind feine Leute in der Bügelfalte. In ihren Methoden und ihrem Charakter sind sie allzumal Gottheiners.

-----

SPD. Leipzig, 11. Oktober (Eig. Drahtb.)

Es geschehen immer noch Wunder, wenn die aufgeklärte Neuzeit auch nichts mehr davon wissen will. Ein solches Wunder erregt die Dienstags-Verhandlung des Staatsgerichtshofs, in dem über das Schicksal des Reichs juristisch debattiert wird.

Man rufe sich in Erinnerung: Der Reichspräsident ernannt Herrn von Papen zum Reichskommissar für Preussen, der Reichskommissar entsetzt die beiden politischen Minister Braun und Severing ihres Amtes und enthebt die übrigen Minister ihrer Dienstgeschäfte. Er setzt gleichzeitig als seinen Stellvertreter den klerikalen Oberbürgermeister Bracht ein, der mit der "Wahrnehmung der Geschäfte des Innenministers betraut wird. Dieser Kommissar amtiert vollkommen als Innenminister. In dieser Eigenschaft erliess er seine Zwickelverordnung, in dieser Eigenschaft hat er mit den übrigen Kommissaren die vielfachen Stellenbesetzungen verfügt, die der Entscheidung des Staatsgerichtshofes vorgreifen - aber plötzlich ist der Reichskommissar von der Bildfläche verschwunden!

Wie solch ein Wunder geschehen kann? Ganz einfach: der Ministerialdirektor Gottheiner erklärt, der Reichskanzler sei nur als Reichskanzler, als Führer der Reichsregierung vor dem Staatsgericht vertreten, nicht aber als Kommissar für Preussen! Alles, was der Reichskommissar in Preussen tat und seine Kommissare tun liess, unterliege nicht der Beurteilung des Staatsgerichtshofes. Das sei höchstens Gegenstand eines innerpreussischen Konflikts, nicht aber eines Konflikts zwischen Reich und Preussen. Man merkt die Absicht und wird nicht einmal verstimmt. Die Kommissare nehmen alle Rechte für sich in Anspruch aber lehnen jede Pflicht, sich zu verantworten, ab, sei es vor dem Landtag, sei es vor dem Staatsgericht. Diese Kommission der Kommissare amtiert formell als preussische Staatsregierung. Eine Serie von Klageschriften der verfassungsmässigen, aber am Amt verhinderten Minister richtet sich gegen den Reichskommissar und gegen seine Kommissare. Aber die Bauernschlauheit des Herrn Gottheiner hat entdeckt, dass diese "Staatsregierung" nur eine vorübergehende sei und dass die Klagen gegen den Kommissar wegen mangelnder passiver Legitimation nicht verhandelt werden könnten.

Diese Schmäue ging jedoch auch dem Präsidenten des Gerichts wider den Strich. Er bemühte sich, aus der Praxis des Staatsgerichts dem Reichsvertreter klarzulegen, dass man eine solche Trennung der Funktionen bei einer so politisch bedeutsamen Frage unmöglich zulassen könne. Denn es sei doch keineswegs wünschenswert, dass der Staatsgerichtshof nach langen Verhandlungen eine

Entscheidung treffe und dass dann plötzlich erklärt werden könnte, die Entscheidung sei nicht zulässig gewesen, weil - der Reichskommissar nicht vor Gericht vertreten war! Der Appell blieb ungehört - bis zum Abend! Und das ist das zweite Wunder: Am Abend wurde plötzlich der bisher als Zuhörer anwesende Ministerialrat Schütze aus dem preussischen Innenministerium als offizieller Vertreter des Reichskommissars für Preussen, d.h. des Reichskanzlers in seiner doppelten Eigenschaft als Reichskommissar, zugelassen. Man hat sich demnach wohl in den Ministerien gesagt, dass die arrogante Art des deutschnationalen Ministerialdirektors Gottheiner den Interessen der "Kommissare" nicht gerade förderlich sei.

Der Nachmittag dieses Verhandlungstages gehörte der grundsätzlichen Auseinandersetzung über die Bedeutung der Verordnung zur Einsetzung des Reichskommissars. Hier kamen zunächst Bayern und Baden zum Wort. Diese Staaten haben mit der Frage, ob das Land Preussen seine "Pflicht" gegen das Reich erfüllt habe oder nicht, zunächst nur wenig zu schaffen. Wohl aber mit der anderen, die den bundesstaatlichen Charakter des Reichs berührt: nämlich die Zusammensetzung des Reichsrats, der aus Vertretern der einzelnen Landesregierungen gebildet wird. Ist der Reichskanzler gleichzeitig Inhaber der preussischen Gewalt, so ernannt er die Reichsratsvertreter für Preussen, diese sind dann nicht mehr Vertreter eines Landes, sondern der Politik der Reichsregierung, also wird dadurch der Einfluss der übrigen Länder auf ein Nichts reduziert. Deshalb haben fast alle Länder Rechtsverwahrung gegen die Verordnung des Reichspräsidenten eingelegt und Bayern und Baden haben formell Klage erhoben mit dem Ziel der Feststellung, dass die Uebernahme der Regierungsgewalt und die Ernennung von Reichsratsvertretern in Preussen durch den Reichskommissar der Verfassung widersprechen.

Staatsrat von Jahn für Bayern und der badische Vertreter, Ministerialdirektor Pech hoben diese bundesstaatlichen Bedenken scharf hervor. Ihnen schloss sich in geistvollen Ausführungen der Münchener Staatsrechtslehrer Professor Nawiaski an. In Leipzig durfte er offen reden. In Berlin hat Polizeipräsident Melcher dafür gesorgt, dass die auszugsweise Wiedergabe seines Rechtsgutachtens mit einem Zeitungsverbot beantwortet wurde.

In den Kreis der juristischen Betrachtungen wurde schliesslich auch der Artikel 48 der Reichsverfassung einbezogen, vor allem die Frage, welche Voraussetzungen für seine Anwendbarkeit gegeben sein müssen. Der anerkannt bedeutendste Kenner des Verfassungsrechts, Professor Anschütz-Heidelberg nahm hierbei Gelegenheit, in einem grosszügigen Abriss die Bedeutung des Artikels 48 und seine Voraussetzungen darzulegen. Als Kern der Darlegungen sei hervorgehoben, dass nach Meinung von Anschütz die Frage, ob eine Landesregierung etwa nicht genügend scharf die Polizeigewalt angewendet habe, auf keinen Fall einen Grund zur Anwendung des Artikels 48 Absatz 1 abgeben könne. Denn die Anwendung der Polizeigewalt fliesst aus dem Hoheitsrecht des Landes, nicht aus dem Pflichtenkreis im Reiche. Der Staatsgerichtshof dürfe deshalb nicht der Frage ausweichen, ob eine Pflichtverletzung des Landes Preussen als Voraussetzung der 48-Verordnung vorgelegen habe.

Als Kronjurist der Baronsregierung produzierte sich darauf wieder der Berliner Staatsrechtler Carl Schmitt, der bis aufs Mittelalter und die alten Kurfürsten zurückging, um zu beweisen, dass die Papen-Verordnung gegen Preussen zu Recht bestehe. Ihm leuchtete in knappen, aber schlagenden Darlegungen Professor Heller als Vertreter der sozialdemokratischen Landtagsfraktion heim, indem er nachwies, dass das Mittelalter, die Kurfürsten und die Zustände von 1806 gar nichts zu tun haben mit der jetzigen Frage. Es müsse ein schuldhaftes Nichterfüllen von Pflichten eines Landes gegen das Reich vorliegen, nicht das Versähen eines einzelnen Beamten, um einen Grund zur Anwendung des Artikels 48 Absatz 1 konstruieren zu können. Dieser Absatz 1 habe nichts zu tun mit der Bestimmung des Absatzes 2, der von Bedrohung von öffentlicher Sicherheit und Ordnung spricht. - Diese interessanten Auseinandersetzungen zwischen den Staatsrechtslehrern dauerten bis nach 7 Uhr abends an.

SPD. Der preussische Ministerpräsident Otto Braun hat am Dienstag, veranlasst durch die verlogenen Behauptungen des deutschnationalen Ministerialdirektors Gottheiner vor dem Staatsgerichtshof, folgendes Schreiben an den Reichsgerichtspräsidenten gerichtet :

"Berlin-Zehlendorf, 11. Okt. 1932.

\* Aus Zeitungsberichten über die Verhandlung der Verfassungsstreitsache Preussen gegen das Reich ersehe ich, dass in der Verhandlung am 10. dieses Monats der Vertreter des Reiches, Ministerialdirektor Gottheiner, inbezug auf meine Person die Behauptung aufgestellt hat, ich hätte auf die Gewährung der vollen Bezüge sehr grossen Wert gelegt, mich bald nach der Enthebung vom Amt nach dieser Frage erkundigt und mich sehr befriedigt erklärt als mir die Antwort wurde, dass ich meine Bezüge weiter erhalten würde.

Diese Behauptung entspricht nicht der Wahrheit. Ich habe mich niemals beim Reichskommissar oder bei der Reichsregierung wegen der Weiterzahlung meiner vollen Bezüge erkundigt oder darum ersucht. Auch habe ich niemals meine Befriedigung über die erfolgte Regelung geäußert. Im Gegenteil finde ich es höchst unbefriedigend, auf die Dauer für mich geradezu unerträglich, dass ich meine vollen Bezüge als Ministerpräsident beziehe, aber von der Reichsregierung gewaltsam gehindert werde, meine Amtsgeschäfte wahrzunehmen.

gez. Braun

Preussischer Ministerpräsident."

Wir müssen der Erwartung Ausdruck geben, dass Reichsgerichtspräsident Bumke das Schreiben des preussischen Ministerpräsidenten in öffentlicher Sitzung zur Verlesung bringt.

-----  
SPD. Leipzig, 11. Oktober (Eig. Dr.)

Die Verhandlungen des Staatsgerichtshofes für das Deutsche Reich begannen am Dienstag mit einer nochmaligen Erörterung der unverschämten Behauptungen, die in der Montagsitzung von dem getauften Juden und deutschnationalen Ministerialdirektor Gottheiner gegen Otto Braun und Carl Severing gerichtet worden waren. Die Behauptungen wurden von dem preussischen Vertreter nochmals als unwahr bezeichnet. Gottheiner hatte dennoch nicht das Bedürfnis sie persönlich zurückzunehmen.

Die Erörterungen wandten sich dann der Frage zu, ob und unter welchen Modalitäten der Staatsgerichtshof Zeugen vernehmen könne. Der Vorsitzende meinte, die Minister von der einen und von der anderen Seite seien Partei, und die Parteien könne man nicht vermeiden. Professor Heller wiederholte seinen Antrag, die Herren von Gleichen und von Alvensleben darüber zu vernehmen, dass die Beseitigung der republikanischen Preussen-Regierung schon im Rahmen der Abmachungen zwischen Papen und Hitler beim Sturz Brüning gelegen habe.

Im weiteren Verlaufe der Vormittagssitzung brachte der preussische Ministerialdirektor Brecht die Dinge zur Sprache, die sich nach der Amtsübernahme des Reichskommissars und seiner Kommissare abgespielt haben, vor allem die vielfachen endgültigen Ernennungen von Beamten unmittelbar vor dem Zusammentritt des Staatsgerichtshofes. Der Eindruck sei nicht wegzudisputieren, dass die Reichsregierung immer neue "fertige Tatsachen" zu schaffen beabsichtige, deren Aufhebung und Beseitigung auch dem Staatsgerichtshof nicht mehr möglich sein würde. Man habe beim Staatssekretär Meissner über diese Neuerungen Beschwerde geführt angesichts der Tatsache, dass der Reichskommissar für Preussen sich weder dem Landtag noch sonst einer Instanz verantwortlich fühle. Die Beschwerden seien mit Ernst aufgenommen worden. Mehr darüber wolle die preussische Prozessvertretung im Augenblick nicht sagen. Aber unmittelbar nach ihrer Besprechung bei Meissner sei eine weitere Liste von Neuernennungen veröffentlicht worden. Daraus gehe hervor, dass der Reichskommissar und die von ihm beauftragten preussischen Kommissare nicht die Absicht hätten, sich als vorüber-

gehend funktionäre Erscheinungen zu betrachten, sondern sich als völligen Ersatz für die verfassungsmässige Regierung ansehen und nur in einem Punkte von den Pflichten des Ministeriums abweichen, nämlich in dem, dass sie sich nicht für gebunden fühlten an die Beschlüsse des Landtags und auch nicht für verpflichtet fühlen, dem Landtag Rechenschaft zu geben. Es sei übrigens, so fügte der preussische Vertreter hinzu, erschreckend, wie weit sich das Gefühl verbreitet habe, dass die Frage zusammengefasst werde: "Haben wir überhaupt noch einen ernsten Glauben an Rechtszustände in Deutschland?" Solche Gleichgültigkeit um den Reichsgedanken sei in der breitesten Öffentlichkeit vorhanden und das Verhalten der gegenwärtigen Reichsregierung gegen die Autorität des Staatsgerichtshofs sei nicht geeignet, das Misstrauen zu beseitigen. Es sei peinlich, wenn man die Frage höre: "Glauben Sie wirklich, dass der Staatsgerichtshof es wagen wird, Recht zu sprechen?" Man brauche dieses Misstrauen nicht zu teilen, müsse aber mit Bedauern feststellen, dass es immer weiter um sich greifen werde.

Der Reichsvertreter Gottheiner hielt es für notwendig, gegen die "Unterstellung" schnarrend zu protestieren, dass die Reichsregierung selber den Standpunkt vertrete, der Staatsgerichtshof werde es nicht wagen, Recht zu prüfen und Präsident Bumke glaube jeden Appell an den Gerichtshof ablehnen zu müssen. Solcher Appell habe immer nur die Folge, aussen missverstanden zu werden.

Am Schluss der Vormittagssitzung verliest der Vertreter des Reiches im Auftrage der Reichsregierung und mit ausdrücklicher Zustimmung des Reichskanzlers folgende Erklärung: Eine Vereinbarung des Reichskanzlers mit Hitler über ein Vorgehen gegen Preussen ist nicht getroffen. Verhandlungen darüber haben zwischen ihnen nicht stattgefunden. Auch die Aufhebung des Uniformverbots, die Wiedezulassung der SA-Truppen und die Wiedergewährung sonstiger politischer Freiheiten waren nicht Gegenstand von Vereinbarungen zwischen dem Reichskanzler und Hitler, gehörten vielmehr von vornherein zum Programm der Reichsregierung, die von sich aus entschlossen war, aus Gründen der Gerechtigkeit Ausnahme-Bestimmungen gegen die Nationalsozialisten zu beseitigen.

Ministerialdirektor Dr. Brecht weist demgegenüber darauf hin, dass der Reichskanzler nur dementieren lasse, dass er in amtlicher Eigenschaft solche Vereinbarungen abgeschlossen habe.

-----

SPD. Im Verlauf eines Presse-Empfangs in München hat der Reichskanzler am Dienstag erklärt, die Parole sei nicht ein Reich, das von Berlin regiert werde, sondern ein Reich, das regiert werde von den vieltausendfältigen Kräften die gewachsen seien aus allen Teilen des deutschen Volkes und die sich zur Mitarbeit anböten.

Das soll in dem Zusammenhang, in dem diese Worte gesprochen wurden, ein Bekenntnis zum Föderalismus sein, mit dem der Reichskanzler auf die Unterstützung seiner Gesamtpolitik durch die bayerische Regierung und das bayerische Volk spekuliert. Aber klingt es nicht fast auch wie ein Bekenntnis zur Demokratie, wenn der sozusagen leitende Staatsmann das Reich von den vieltausendfältigen Kräften aus allen Teilen des Volks regiert sehen will?

Indessen, Vorsicht: diese Kräfte sollen nur Geltung besitzen wenn sie sich zur Mitarbeit anbieten, und darunter ist natürlich die Unterstützung des Papenkurses zu verstehen. Der Reichskanzler ist Demokrat, wenn und insoweit die tausendfältigen Kräfte so wollen, wie er will. Er respektiert den Grundsatz der Verfassung, wonach alle Staatsgewalt vom Volke ausgeht nur mit der Massgabe, dass das Volk die Art, wie ER die Staatsgewalt ausübt, billigt. Treten das Volk und das von ihm gewählte Parlament zu dem Reichskanzler in Opposition, so ist es mit seiner Demokratie zu Ende. Dann sucht ER seine Stütze bei den Kräften des Herrenklubs, der Monarchisten und der durch Sub-

ventionen aus öffentlichen Mitteln zur Mitarbeit gewonnenen Kreise des landwirtschaftlichen und industriellen Unternehmertums.

Wird man ihn an seine Münchner Rede erinnern, so wird sich Herr von Papen mit Recht darauf berufen können, dass in diesem Lager, das seine Mitarbeit nicht umsonst, um ein anderes seiner goldenen Worte zu zitieren - anbietet, viele Tausende stehen. Auf sie kann er sich in der Tat stützen. Aber auf der anderen Seite stehen Millionen, vor allen Millionen von Proletariern, die für die Regierung des Reichs nach Ansicht des je-nach-Bedarf-Demokraten nicht in Betracht kommen. Sie sind die Objekte seiner Politik, sie sind die Untertanen der tausendfältigen Obrigkeit - vorausgesetzt, dass sie es sich gefallen lassen

-----

SPD. London, 10. Oktober (Eig. Drahtb)

Die Lage der englischen Landwirtschaft ist so kritisch, dass die Landwirtschaftskammern die Regierung ersucht haben, in den nächsten Tagen eine Delegation von Landwirten zu empfangen. Diese Delegation dürfte für die an die Banken stark verschuldeten Landwirte ein Moratorium fordern.

-----

SPD. Der Berliner Polizeipräsident hat eine für Mittwoch abend angesetzte Sportpalast-Versammlung der Nationalsozialisten, in der Dr. Goebbels und der preussische Landtagspräsident Kerrl reden sollten, verboten. Wir haben wahrhaftig keine Veranlassung, den Nationalsozialisten helfend an die Seite zu treten, aber die Art, wie das Verbot begründet wird, veranlasst uns doch zu einigen kritischen Bemerkungen.

In der Verbotsbegründung heisst es u.a.: Weil die Nationalsozialisten in letzter Zeit Versammlungen politisch Andersdenkender planmässig gestört hätten und weil damit gerechnet werden müsse, dass in der nationalsozialistischen Kundgebung schon einfache Zwischenrufe Andersdenkender mit Gewalttätigkeiten beantwortet werden, könne mit Rücksicht auf die Sicherheit und Ordnung die Genehmigung zu der Veranstaltung nicht gegeben werden.

In der Tat haben die Hitleranhänger seit einigen Wochen systematisch Versammlungen anderer Parteien und besonders solche der Deutschen Nationalen verhindert oder zu verhindern gesucht, und es ist des weiteren richtig, dass es mit Gefahren für Leib und Leben verbunden sein könnte, wenn jemand im Sportpalast eine von der des Herrn Goebbels abweichende Meinung laut zu äussern sich getraute. Aber sind diese Bedrohungen Andersdenkender etwa eine Erscheinung, die sich erst in der letzten Zeit bemerkbar gemacht hat? Es hat Versammlungsstörungen von den Nationalsozialisten provozierte Saalschlachten auch schon früher gegeben und auch in der letzten Wahlkampagne nach der verfassungswidrigen Einsetzung des Reichskommissars für Preussen.

Damals jedoch war keine Rede davon, dass die Polizei solche Störungen der öffentlichen Ordnung mit dem Verbot nationalsozialistischer Kundgebungen zu begegnen suchte. Es war das eben die Zeit, in der Herr von Papen und Herr Bracht die Hitlerbewegung hegten und hätschelten und in der, wie das eben erst der Ministerialdirektor Dr. Gottheiner vor dem Staatsgerichtshof so schön ausgeführt hat, nach der angeblich ungerechten Behandlung der Nationalsozialisten durch die Regierung Braun-Severing "ein Ventil geschafft werden musste, um damit dem Ausbruch eines Bürgerkriegs vorzubeugen".

Allerdings richteten sich damals die tätlichen Angriffe der SA- und SS-Leute nur gegen die Marxisten, und erst jetzt, wo es den Deutschen Nationalen an den Kragen geht, hält die kommissarische Regierung es für zweckmässig das Ventil wieder zu schliessen und sich auf die Notwendigkeit der Erhaltung von Ordnung und Sicherheit zu besinnen.

-----

SPD. Vor dem Staatsgerichtshof in Leipzig gab Ministerialdirektor Dr. Brecht über die angeblichen Äusserungen des Staatsministers Severing zur Einsetzung des Reichskommissars folgende Erklärung ab, deren Inhalt auf Mitteilungen des Ministers Severing beruht:

"Herr Minister Freiherr v. Gayl hat Herrn Minister Severing aus Anlass einer Personalfrage besucht. Es handelte sich um die Besetzung der Stelle eines Oberpräsidenten. Dadurch kam das Gespräch auch auf Verwaltungs- und Reichsreform. Herr Minister Freiherr v. Gayl fragte Herrn Minister Severing nach seinen Plänen für die Verwaltungsreform. Herr Minister Severing entwickelte seinen fertig vorbereiteten Plan, den Herr Reichskommissar Dr. Bracht später im wesentlichen übernommen hat. Herr Minister Severing fragte Herrn Minister Freiherrn v. Gayl, ob die Reichsregierung beabsichtige, einen Reichskommissar einzusetzen. Herr Minister Freiherr v. Gayl verneinte dies. Darauf hat ihn Herr Minister Severing dringend vor diesem in der Öffentlichkeit erörterten Plan gewarnt. Es könne möglicherweise nach den Reichstagswahlen bei Arbeitsunfähigkeit beider Parlamente zweckmässig werden, die staatlichen Machtmittel zusammenzufassen. Das könne am besten geschehen durch Weiterverfolgung der vor einem Jahr zwischen den Regierungen Braun und Brüning erörterten Pläne d.h. durch eine Personalunion usw. auf Grund vorheriger Vereinbarung, aber natürlich nicht durch einen gegen Preussen eingesetzten Reichskommissar, der die preussischen Minister absetzt."

-----

SPD. München, 11. Oktober (Eig. Drahtb.)

Der Vorsitzende der Papen-Barone hat seiner Reise nach München eine hochpolitische Bedeutung gegeben, die ihr aber nach Informationen von bayrischer Regierungsseite keineswegs zukommt.

Reichskanzler von Papen hat in seinen Reden, die er bei den Empfängern vor dem Gesamtministerium, dem Landtagspräsidium, vor der Presse und im Rathaus in vierfacher Auflage abgelesen hat, immer wieder betont, dass es sich um keinen Höflichkeitsakt handle, sondern um einen Besuch mit symbolhaftem Charakter. Von Ansprache zu Ansprache wurde seine Bekenntnis zum Föderalismus flammender, bis er schliesslich erklärte, es sei die Parole seiner Regierung, nur mit den Ländern und durch die Länder das neue Reich zu bauen, ein Reich ohne öden Zentralismus und Unitarismus und kein Reich, das von Berlin aus regiert werde. Herr von Papen legt also Wert darauf, in München für einen bedingungslosen Föderalisten weiss-blauer Observanz angesehen zu werden.

In den Kreisen, die heute den bayerischen Staat repräsentieren, hat man dieses begeisterte Bekenntnis zum Föderalismus nicht ungerne gehört, doch ist man vorläufig nicht geneigt, es mehr als ein Lippenbekenntnis zu werten. Die Bayerische Volkspartei-Korrespondenz, die die Meinung dieser Kreise und der Regierung selbst wiedergibt, spricht offen aus, dass das Verhältnis Bayerns zur gegenwärtigen Reichsregierung erst dann seines problematischen Charakters entkleidet würde, wenn Herr von Papen seine lebenswürdigen föderalistischen Bekenntnisse auch tatsächlich zum Inhalt seiner Reichspolitik mache.

Einstweilen hat der Kanzler der bayerischen Regierung das Versprechen mitgebracht, dass laut Beschluss des Reichskabinetts mit den Ländern Verhandlungen aufgenommen werden bevor der von der Reichsregierung in Auftrag gegebene Entwurf einer neuen Reichsverfassung ausgearbeitet ist.

-----

SPD. Hitler hat wieder einmal eine Propaganda-Leiche gebraucht und prompt wurde sie aus Köln geliefert. Dort wurde am letzten Sonntag, nach dem Bericht des Kölner Naziblattes, "der ermordete 15 jährige Hitlerjunge Erich Niejahr zur letzten Ruhe bestattet." In Wahrheit ist Niejahr an Lungen-Entzündung

gestorben, die er sich vielleicht, wie so viele seiner Kameraden, beim Hitler tag in Potsdam geholt hat, wo die bedauernswerten Knaben und Mädchen teilweise im Chausseegraben, teils im Belt und ohne Decke in kalter Nacht auf dem Erdboden karnpierten, während Hitler und sein Stab im Hotel schliefen. Die Leiche Niejahrs wurde von einem Nazi-Arzt obduziert, aber es war unmöglich eine andere Todesursache als die Lungenentzündung festzustellen.

-----

SPD. Leipzig, 11. Oktober (Eig. Drahtb.)

In der Dienstag-Nachmittags-Sitzung des Staatsgerichtshofes verliesst der Vertreter des Reiches folgendes Telegramm des Reichsinnenministers:

"Etwa Mitte Juni d.J. hatte ich mit Herrn Minister Severing in dessen Amtszimmer eine Unterredung über schwebende polizeiliche Fragen. Im Verlaufe der Unterredung brachte Minister Severing das Gespräch auf die damals in der Öffentlichkeit umlaufenden Gerüchte über die angeblich von der Reichsregierung geplante Einsetzung eines Reichskommissars für Preussen. Ueber den Umfang der Befugnisse eines solchen Reichskommissars ist dabei selbstverständlich nicht im Einzelnen gesprochen worden. Es unterliegt aber nach meiner bestimmten Erinnerung keinem Zweifel, dass es sich bei dem Gespräch um die weitgehende Massnahme der Einsetzung eines politischen Reichskommissars für Preussen handelte. Bei dem Gespräch erklärte Minister Severing, er habe sich an dem Geschrei über die angeblich bevorstehende Einsetzung eines Reichskommissars für Preussen nicht beteiligt, weil er persönlich der Ansicht sei, dass diese Massregel sich nicht werde umgehen lassen. Im weiteren Verlauf des Gesprächs äusserte Minister Severing mit Bezug auf die Einsetzung des Reichskommissars: Warten Sie nicht mehr lange ab."

Gottheiner hebt dann hervor, Ministerialdirektor Dr. Brecht habe besonders kritisiert, dass die kommissarische Regierung Beamtenrenennungen vollzogen habe und, wenn er sich richtig erinnere, die Frage verneint, ob nicht auch die nur noch geschäftsführende Staatsregierung solche Ernennungen vorgenommen habe. Demgegenüber verliest Gottheiner Zahlenmaterial zum Nachweis dafür, dass das Kabinett Braun sowohl nach der letzten Landtagswahl wie auch nach seiner Rücktrittserklärung, als es nur noch geschäftsführende Regierung war, eine grosse Zahl von Ernennungen zu höheren Beamtenpositionen vom Regierungsrat bis zum Oberpräsidenten vollzogen habe.

Min. Dir. Dr. Brecht erklärt dazu, dass diese Frage zwar nicht mit dem hier behandelten Vorgehen des Reiches gegen Preussen zu tun habe, dass aber im übrigen die Rechtsbasis für die preuss. Ernennungen eine andere gewesen sei, als die des Reichskommissars. Die Erklärungen der Minister Severing und von Gayl über ihre Unterhaltung wegen des Reichskommissars schienen in diametralen Gegensatz zu stehen. Da er aber von keinem der beiden annehme, dass er nicht die Wahrheit sage, müsse es da etwas geben, was aus den Erklärungen nicht ersichtlich sei. Dr. Brecht äussert die Vermutung, dass evtl. die Frage der Einsetzung eines Polizeikommissars für Norddeutschland erörtert worden sei, die aber nichts mit der Amtsentsetzung Severings zu tun haben konnte.

Reichsgerichtspräsident Bumke ersucht die Parteien, die beiden Ministererklärungen dem Gerichtshof zuzustellen und fügt hinzu, wenn Severing tatsächlich der Einsetzung eines Reichskommissars mit den jetzt eingetretenen Folgen zugestimmt haben sollte, dann würde nicht ersichtlich sein, warum die Reichsstellen nicht, ehe sie am 20. Juli die Massnahmen durchführten, mit Severing Führung nahmen. Da es sich ja dann nur um die Erfüllung eines Wunsches von Severing gehandelt haben würde.

Im übrigen erklärt der Präsident die Erörterung der tatsächlichen Vorgänge hiermit für geschlossen. Die Parteien erhalten die Erlaubnis, auch gelegentlich bei den staatsrechtlichen Dingen, soweit notwendig, auf einzelne



Tatbestandsmerkmale zurückzukommen. Es beginnt dann die rechtliche Erörterung mit einer allgemeinen Aussprache über die Probleme, die sich aus dem Artikel 48 der Reichsverfassung in Verbindung mit der bundesstaatlichen Gliederung des deutschen Reiches ergeben.

-----

SPD. Der gewaltsam seines Amtes enthobene preussische Innenminister Carl Severing, der am Dienstag abend in zwei grossen Massenkundgebungen in Bautzen in Sachsen gesprochen hat, teilt uns zu dem Telegramm des Reichsinnenministers von Gayl, das in der Dienstag Sitzung des Staatsgerichtshofes verlesen wurde, folgendes mit :

Die Angaben dieses Telegrammes seien von Anfang bis Ende unrichtig. Es habe sich bei dem Besuch des Reichsinnenministers in Severings Amtsräumen vor allem um die Bitte des Freiherrn von Gayl gehandelt, den Ministerialdirektor Dr. Menzel im preussischen Innenministerium unterzubringen. Daraufhin habe Severing erklärt, er könne eine Zusage in dieser Richtung nur geben, wenn er Klarheit über die Pläne des Reiches in der Frage der Reichsreform haben würde. In diesem Zusammenhang habe er dem Freiherrn von Gayl die Frage gestellt, was an den Gerüchten über die Einsetzung eines Reichskommissars in Preussen sei. Darauf habe er die Antwort erhalten, das sei alles noch völlig in der Schwebe. Severing betont, dass er nach dieser Antwort Freiherrn von Gayl dringend gewarnt habe, einen derartigen Schritt gegen Preussen zu unternehmen, der der gesetzlichen Grundlage entbehrt. Es sei nach der Reichstagswahl eine Situation denkbar, in der sowohl der Reichstag, als auch der preussische Landtag völlig versagten, und dass gewisse Elemente dies zum Anlass nehmen könnten Unruhe und Unordnung zu stiften. Wenn in solcher Situation eine starke Zusammenfassung der Machtmittel von Reich und Preussen erfolge, würde die Reichsregierung eine bessere Plattform haben, als wenn sie ohne gesetzlichen Grund die Sondermassnahmen der Einsetzung eines Reichskommissars gegen Preussen ergreifen würde. Die beste Lösung sei dann in der Zusammenfassung der korrespondierenden Ministerien im Reich und in Preussen zu finden, wie sie im Vorjahre bereits ernsthaft erörtert worden sei.

-----

SPD. Stuttgart, 11. Oktober (Eig. Dr.)

In der Dienstag-Sitzung des württembergischen Landtags begründete Staatspräsident Bolz die Einführung einer Schlachtsteuer.

Die Regierung beabsichtige, so führte Dr. Bolz aus, keineswegs den Landtag bei der Gestaltung des Staatshaushaltes auszuschalten. Sie habe deshalb den Abgeordneten volle Klarheit über die Finanzlage gegeben. Trotz Konferenzen mit dem Reichsfinanzministerium seien die Verhandlungen ergebnislos gewesen und bei der Passivität von Berlin sei auch bei künftigen Beratungen nichts zu erwarten. Es bleibe deshalb zum Ausgleich des Etats nur möglich: entweder Kürzung der Gehälter, wenn es zugleich mit dem Reich und Ländern geschehe oder die Schaffung neuer Steuereinnahmen. Da rechtlich Einkommens-, Vermögens- und Realsteuern für den Zugriff Württembergs gesperrt seien, so bleibe nur die Schlachtsteuer als Ausweg. Im Landtag sei weder für die Herabsetzung der Bezüge der Beamten noch für die Einführung der Schlachtsteuer eine Mehrheit vorhanden. Daher habe die Regierung von der ihr durch den Reichspräsidenten übertragenen Ermächtigung Gebrauch gemacht und die Schlachtsteuer eingeführt. Die Regierung werde, welche Stellung der Landtag jetzt auch einnehmen möge,

die Schlachtsteuer nicht fallen lassen, es sei denn, dass der Landtag andere geeignete Deckungsvorschläge mache. Die Parteien müssten aber bei ihren Anträgen auf eine rein agitatorische Einstellung verzichten.

-----

SPD. In der Dienstag-Sitzung des Staatsgerichtshofes setzte der Vertreter des Reiches die Gottheinerei fort. Wieder wartete er mit einer "Ueberraschung" auf, von der wir jedoch ebensoviel halten wie von seinen "Ueberraschungen" vom Tage zuvor. Die Gottheinerei bestand am Dienstag in der Erklärung, dass irgendwelche Vereinbarungen des Reichskanzlers mit Hitler über das Vorgehen gegen Preussen nicht bestanden hätten; das gleiche gelte für die Aufhebung des Uniformverbots und des SA-Verbots.

Na, wenn nicht der Reichskanzler, dann vielleicht Herr von Papen und wenn nicht Herr von Papen, dann vielleicht Herr von Schleicher. Es kommt dabei auch weniger darauf an, ob die Vereinbarungen mit Hitler direkt oder mit einem seiner Beauftragten getroffen wurden. Die Hauptsache, sie wurden getroffen. Und dass sie getroffen worden sind, daran ändert auch die übelste Gottheinerei nichts!

-----

SPD. Aachen, 11. Oktober (Eig. Drahtb).

Die Aktiengesellschaft für den Kur- und Badebetrieb der Stadt Aachen ist ein Opfer der Krise geworden. Die Hauptversammlung, in der als einziger Aktionär die Stadt Aachen mit 95 Prozent des Aktienkapitals (283 000 von 300 000 Mark) vertreten war, beschloss, die Aktiengesellschaft, der 13 Bäder mit Hotels und Gaststätten sowie Kurparks, darunter das grosse Palasthotel, der grosse Quellenhof, das neue Kurhaus mit Kurpark, der Elisen-Brunnen und das grosse Burtscheider Kurhaus angehören, zu liquidieren. Die Stadtverordnetenversammlung wird zu entscheiden haben, ob eine neue Betriebsgesellschaft gebildet, oder die Bäder in Regie der Stadt genommen, verkauft oder verpachtet werden sollen.

-----

SPD. In dem gleichen Augenblick, in dem die Sowjetregierung die feierliche Einweihung des grossen Dnjepr-Kraftwerkes als ein weithin sichtbares Zeichen des sowjetrussischen Aufschwunges und ihrer gefestigten wirtschaftlichen und politischen Stellung in die Welt hinausposaunen lässt, kommt aus Moskau völlig überraschend die Nachricht, dass zwanzig zum Teil sehr bekannte Bolschewisten durch Beschluss der Zentralkontrollkommission aus der Kommunistischen Partei wegen konterrevolutionärer Tätigkeit ausgeschlossen worden sind.

Die Ausgeschlossenen sind meist Männer, die bereits früher einmal oder sogar mehrmals aus der Partei ausgeschlossen, aber später wieder aufgenommen worden waren. Es befinden sich darunter zum Teil ehemalige Rechtsoppositionelle zum Teil aber auch ehemalige Trotzkisten, also Angehörige der Linksopposition. Die bekanntesten Namen sind Snowjew und Kamenew, die seinerzeit zusammen mit Trotzki ausgeschlossen wurden, sich aber im Gegensatz zu ihrem Führer und zu Rakowski wieder unterworfen hatten. Ausserdem enthält die Liste der Gemassregelten bekannte Namen wie Uglanow, Slepkow und Galkin, die früher zur Rechten gehörten. Ihnen wird vorgeworfen, "auf illegalem Wege eine bourgeoise Kulakenorganisation zur Wiederherstellung des Kapitalismus, insbesondere des Kulakentums in der Sowjetunion zu schaffen" versucht zu haben. Darüber hinaus erfährt man aus Moskau, dass diese Gruppe, die sich "Sowjetblock" nannte, den Rücktritt Stalins und der sonstigen Sowjetführer propagiert habe, weil ihre Politik zu einem politischen und wirtschaftlichen Zusammenbruch Russlands führen müsse. Sie hätten zu diesem Zweck Dokumente gefälscht und konterrevolutionäre Gerüchte verbreitet.

Aus der Tatsache des Ausschlusses, dem übrigens, wie in der vergangenen Woche gemeldet und nicht dementiert wurde, eine Massenverhaftung von trotzkistischen Anhängern vorangegangen ist, lässt sich schliessen, dass Stalin seine Stellung doch für so bedroht hielt, dass er, wie vor einigen Jahren, die Guillotine der Zentralkontrollkommission wieder in Tätigkeit setzen musste. Solche Verschwörungen innerhalb der Partei, deren wahren Umfang man natürlich nicht nachprüfen kann, da man im Wesentlichen auf die parteioffiziellen Behauptungen angewiesen ist, pflegen jedenfalls nur dann zu entstehen, wenn die politische und wirtschaftliche Lage des Landes derartige Bewegungen begünstigt. Sie sind immer ein Symptom wachsender Unzufriedenheit und Unsicherheit und Not im Volke. Bisher allerdings hat sich Stalin immer durchgesetzt, da er offenbar den Parteiapparat und damit auch die reale Staatsmacht nach wie vor fest in der Hand hat. Aber die immer wiederkehrenden Versuche, ihn zu stürzen, bei denen sogar führende Bolschewisten ihre Stellung und ihre Freiheit aufs Spiel setzen, sind ein Beweis dafür, dass die wirtschaftliche und soziale Lage des russischen Volkes in Wirklichkeit eine ganz andere ist als sie von der kommunistischen Propaganda dargestellt wird.

-----

SPD. Köln, 11. Oktober (Eig. Drahtb.)

Durch die verschärfte Ueberwachung der Grenzen werden den Schmugglern im Westen fühlbare Verluste beigebracht. Allein im Landesfinanzamtsbezirk Düsseldorf sind im September von Grenzaufsichts- und Zollfahndungsbeamten 1560 Schmuggelfälle aufgedeckt worden. Es wurden beschlagnahmt 90 000 Zigaretten, 22 000 Heftchen Zigarettenpapier, 6 300 Kilogramm Tabak, 4 900 Kilogramm Kaffee, 5 000 Kilogramm Getreide, 2 200 Kilogramm Müllereiprodukte und 800 Kilogramm sonstige Waren. Den Schmugglern wurden 225 Fahrräder, 5 Motorräder und 25 Kraftwagen abgenommen.

-----

SPD. Exkronprinz Wilhelm, der glorreiche Held von Charleville, hat nicht nur die Sorge um seine Güter, Schlösser und Pensionen sowie um seine zahlreiche Familie. Er bangt und sorgt sich auch um das Wohl des am 9. November von ihm und seinem Papa so schmachlich in Not und Elend sitzengelassene deutsche Volk. Obwohl dieses von den Hohenzollern die Nase voll hat und auf jede neue monarchische Beglückung verzichtet, und obwohl die Friedrich, die Wilhelm, die Ferdinand, die Auwi, die Eitel und die Louis auf alle Zeiten schriftlich verzichtet haben, sinnt der Exkronprinz Tag und Nacht, wie er Deutschland "erretten", d. h. wie er wieder den Thron besteigen könne. Am Dienstag liefert der "Vorwärts" einen Beitrag hierzu. Er stellt folgende Erklärung des Exkronprinzen unter Beweis :

"Papen, Schleicher, Hindenburg und er, der Exkronprinz, wüssten, was sie wollten und seien sich einig. In einem geeignet erscheinenden Zeitpunkt würde Hindenburg ihn zum Reichsverweser bestimmen und zurücktreten. Er werde sich dann auf die Reichswehr, die auf das Reich übergegangene Schutzpolizei und 400 000 bewaffnete Stahlhelmer stützen. Einen neuen 9. November werde es nicht wieder geben. Die Träger dieses Planes seien entschlossen, für ihre Sache zu kämpfen und, wenn es sein müsste, zu sterben. Rupprecht von Wittelsbach sei mit ihnen einverstanden und werde an demselben Tage, an dem er, der Exkronprinz, Reichsverweser werde, an die Spitze eines Donaukönigreichs treten."

Bald nach dieser Veröffentlichung des "Vorwärts" haben die Presse-Bedienten des Herrn von Papen folgendes nichtssagende Dementi erlassen :

"Die Reichsregierung stellt zu den im "Vorwärts" Nr. 480 vom 11. Oktober unter der Ueberschrift "Umtriebe des Exkronprinzen" veröffentlichten Gerüch-

ten über eine angebliche Einsetzung des früheren Kronprinzen zum Reichsverweser und die daran geknüpften Kombinationen fest, dass es sich hierbei um ein reines Phantasieprodukt handelt."

Dass es sich hier um ein Phantasieprodukt des "Vorwärts" handelt, sagt das Dementi nicht. Es könnte also nur der Exkronprinz phantasiert haben. Diesem "Phantasten" hat aber Herr von Papen noch am Sonntag öffentlich und warm die Hand gepresst und was dieser sonderbare Reichskanzler der Republik dabei vom künftigen neuen Reich erklärte, für das, er, der Kronprinz und der gesamte monarchistische Stahlhelm nicht vergebens 13 Jahre gekämpft hätten, das ist gewiss kein Phantasieprodukt eines Reporters. Warum soll also jetzt der Kronprinz phantasieren?

-----

SPD. Königsberg, 11. Oktober (Eig. Dr.)

Die sozialdemokratische 'Königsberger Volkszeitung' ist wegen einer Kritik an dem Zwickel-Erlass auf vier Tage verboten worden. Der Zwickel hat sein erstes Opfer.

-----

Schluss des politischen Teils. - Auf Wiederhören

Mittwoch-Vormittag 7 Uhr auf Welle 2850.

SPD. Brüssel, 11. Oktober (Eig.Drahtb.)

Das zusammenfassende Ergebnis der Gemeindewahlen in Belgien zeigt, dass die Sozialisten einen Reingewinn von über 400 Mandaten und von 60 Gemeindeverwaltungen zu verzeichnen haben.

Wertet man das Ergebnis der Gemeindewahlen im Gebiet von Eupen- Malmedy vom Gesichtspunkt der Frage des Wiederanschlusses an Deutschland, so ist zunächst festzustellen, dass die ausgesprochen deutschen Parteien einschliesslich des Heimatbundes in den meisten Ortschaften auch diesmal eine starke Mehrheit errungen haben. Damit soll aber nicht gesagt sein, dass bei einer Volksabstimmung sich alle diese Wähler auch unbedingt für den Wiederanschluss an das Reich aussprechen würden. Bei vielen würden zweifellos rein wirtschaftliche Erwägungen den Ausschlag geben. Dazu kommt, dass zum erstenmal in vielen Ortschaften des Grenzgebietes probelgische, katholische oder bürgerliche Listen aufgestellt wurden. Sie haben zumeist einen mässigen, hier und da sogar einen erheblichen Erfolg erzielt und fast durchweg auf Kosten der ausgesprochen deutschen bürgerlichen Parteien. Insofern ist also eine gewisse Abschwächung der deutschfreundlichen Stimmen im Grenzgebiet festzustellen. In Eupen- Stadt sind beispielsweise drei probelgische Bürgerliche gewählt worden, während die prodeutschen bürgerlichen Parteien von 11 auf 8 Mandate zurückgegangen sind. In St. Veidt ist der Mandatsbesitz der ausgesprochen deutschen bürgerlichen Parteien von 9 auf 6 zurückgegangen. Davon gewann eine probelgische christlich- demokratische Liste zwei Mandate und die Sozialistische Partei ein Mandat. Schliesslich sind die teilweise sehr starken sozialistischen Erfolge gleichfalls auf Kosten der prodeutschen bürgerlichen Parteien errungen worden, und obwohl die Sozialisten von Eupen- Malmedy wie die ganz Belgiens für eine neue und ehrliche Volksabstimmung eintreten, sind diese Verschiebungen auch nicht als Stärkung des Gedankens des Wiederanschlusses an Deutschland anzusprechen.

Im ganzen kann gesagt werden, dass weder die deutschen noch die belgischen Nationalisten mit den Ergebnissen der Wahlen in Eupen- Malmedy viel Staat machen können. Es bleibt eben nur der Erfolg der Sozialisten, der ein Erfolg für die Verständigung der beiden Völker und für die Achtung des Selbstbestimmungsrechts der Bevölkerung des Grenzlandes ist.

SPD. Paris, 11. Oktober (Eig.Drahtb.)

Herriot hatte am Dienstag eine längere Unterredung mit dem neuen rumänischen Aussenminister Titulescu, der am Montag Abend auf dem Wege von London nach Bukarest in Paris eingetroffen war. Obgleich beide Minister eine Erklärung über den Gegenstand ihrer Aussprache abgelehnt haben, besteht kein Zweifel darüber, dass die Unterredung den rumänisch- russischen Verhandlungen über einen Nichtangriffspakt gegolten hat, die wegen der Weigerung Russlands, die Frage der Zugehörigkeit Bessarabiens zu Rumänien als endgültig gelöst zu betrachten, auf Schwierigkeiten gestossen sind. Frankreich legt aber Wert auf das Zustandekommen des rumänisch- russischen Nichtangriffspaktes, damit es seinen eigenen Nichtangriffspakt mit Russland unterzeichnen und ratifizieren kann. Titulescu wird am Mittwoch nochmals eine Unterredung mit Herriot haben.

SPD. Prag, 11. Oktober (Eig.Drahtb.)

Der Kongress der Sozialistischen Jugend- Internationale wählte am Dienstag in seiner Schlusssitzung zum Vorsitzenden: Koop Vorrink- Amsterdam; zu seinen Stellvertretern Wallenthein- Stockholm und Aubry- Brüssel; zum Sekretär Ollenhauer- Berlin; zu Beisitzern Kesal- Prag und Kanitz- Wien. Den ausscheidenden Büromitgliedern Heinz- Wien und Hans Fansen- Kopenhagen sowie Paul- Prag wurden künstlerische Werke als Ehrengaben überreicht.

In den von dem Plenum gebilligten Resolutionen wird u.a. gesagt: Der Kongress ist überzeugt, dass die Demokratie der günstigste Kampfboden für das

Proletariat und die sicherste Grundlage für den Aufbau der sozialistischen Gesellschaft ist. Der Kampf für den Frieden ist der Kampf gegen den Kapitalismus. Die Arbeiterjugend ist aufzuklären, dass das Versagen des Völkerbundes darin liegt, dass kapitalistische Regierungen seine Politik bestimmen. An die Jugend wird appelliert, sich im Falle eines Krieges oder der Kriegsgefahr mit allen Mitteln zur Wehr zu setzen. Die junge Generation wird aufgefordert, den Kampf gegen den Faschismus wirksam zu unterstützen. Unbeschadet der Stellungnahme zur verfehlten bolschewistischen Politik ist jede Intervention bürgerlicher Staaten gegen Sowjet-Russland abzuwehren. Der Kongress wendet sich energisch gegen jede Form der Arbeitsdienstpflicht.

Im Jahre 1934 soll in Hamburg ein internationales Jugendtreffen als Manifestation für Frieden und Sozialismus stattfinden.

SPD. Die Reichsliste der Sozialdemokratischen Partei zur Reichstagswahl weist folgende Namen auf :

1. Wels, 2. Crispian, 3. Vogel, 4. Breitscheid, 5. Hilferding, 6. Juchacz, 7. Landsberg, 8. Dittmann, 9. Grassmann, 10. Stampfer, 11. Marum, 12. Scheffel, 13. Tarnow, 14. Völter, 15. Seppel, 16. Pfülf, 17. Bernhard, 18. Stelling, 19. Stücklen, 20. Gellert, 21. Polenske, 22. Sievers, 23. Simon, 24. Pfändner, 25. Karl, 26. Schiff, 27. Schwerdfeger, 28. Schiffgens, 29. Horlacher.

SPD. Braunschweig, 11. Oktober (Eig. Draht)

In der Dienstag-Sitzung des Braunschweigischen Landtages fanden die nationalsozialistischen Uebergriffe bei dem letzten Braunschweigischen Stahlhelmmarschzug ein parlamentarisches Nachspiel. Selbst der volksparteiliche Abgeordnete Brandes kritisierte die unter Klagges eingerissenen Zustände. Allerdings musste er von sozialdemokratischer Seite hören, dass die bürgerlichen Parteien in Braunschweig jahrelang diese Zustände geduldet, ja gefordert hätten und trotz der zahlreichen Klagen und Beschwerden der Arbeiterbevölkerung kein Wort der Kritik gefunden hätten. Jetzt, da sie den Terror der Nazibanden am eigenen Leib spürten, müssten die bürgerlichen Parteien die Berechtigung der sozialdemokratischen Anklagen zugeben.

Der sozialdemokratische Abgeordnete Thielemann beleuchtete die unsagbare Feigheit der nationalsozialistischen Führer, die erst die jugendlichen Anhänger zu Verbrechen anreizten und sie hinterher fallen liessen. Das allein führe zu den in diesen Tagen bekanntgewordenen Selbstmordversuchen inhaftierter jugendlicher SA-Leute. Nachdem bereits kürzlich einer der verhafteten Sprengstoffattentäter sich aufzuhängen versuchte, hat nunmehr einer der bei dem Ueberfall auf den Stahlhelm-Fackelzug festgenommenen Nationalsozialisten ein Küchenmesser verschluckt und liegt lebensgefährlich verletzt im Krankenhaus. Bei beiden jugendlichen Nationalsozialisten ist das Motiv zu ihrem Selbstmordversuch die Tatsache, dass sie von ihrer Partei als "Provokateure" abgeschüttelt worden sind. Diese Gemeinheit einer skrupellosen Naziführung wollten die Beiden nicht überleben. Scharf gingen die weiteren sozialdemokratischen Redner mit den Meithe den des Naziministers Klagges ins Gericht. Unter ihm sei ein Denunziantentum bei der Polizei eingerissen, das jeglicher Beschreibung spotte. Beamte, die pflichtgemäss gegen nationalsozialistische Verbrecher vorgegangen seien, wären gemassregelt, ja sogar entlassen worden.

# Ultralicht

## Ultralicht gegen Schmuggler!

Versuche mit maschineller Grenzsicherung - Praktische Optik.

SPD. An der westdeutschen Grenze wird jetzt eine, seit Jahren bekannte Erfindung praktisch gegen das Schmuggelwesen ausprobiert.

Autarkieprojekte, Zollmauern und monopolkapitalistische Drosselungspolitik jeglicher Einfuhr öffnen die Grenzen der davon betroffenen Länder dem Grossschmuggel. Besonders Westdeutschland, mit seinem hohen Verbrauchskonsum, ist jetzt wirkungssicheres Einbruchland für die Schmuggler geworden. Von reichen Devisenschätzen und Brillanten bis herab zur künstlich verteuerten Brotkrume wird dort alles geschmuggelt, was eines Umsatzes wert ist.

Die Zollbehörden versuchen mit allen, nur erdenklichen Mitteln den Schmuggel zu bekämpfen. Streifen, Autopatrouillen, Motorradfallen, Nagelbretter, Drahtverhaue, Hunde und Barrikaden werden in den Dienst gestellt, um, gemeinsam mit der Androhung hoher Geld- und Haftstrafen, dem Schmuggel zu Leibe gehen zu können. Aber selbst Starkstromgrenzgitter konnten bisher nur hemmen, niemals aber die Grenzen schliessen. Gegenwärtig wird nun ein anderes, gegensätzliches Kampfmittel gegen den Schmuggel ausprobiert, das schon seiner rein technischen Eigenart wegen grösseres Interesse beanspruchen dürfte: Bei Aachen versucht, die Grenze lichtmaschinell zu sichern. Auf einer 1500 Meter langen Grenzstrecke ist ein optischer Raumschutz eingebaut worden, der vermittels unsichtbarer Strahlen und entsprechender optischer Reflexwirkung eine Sperrzone über die Grenze legt, die kein Unberufener passieren kann, ohne dabei den Apparat zu alarmieren.

Die Sperrung der Grenze erfolgt durch die sogenannten ultraroten Strahlen, die dem Auge unsichtbar sind, da sie jenseits des roten Lichtspektrums liegen. Die Strahlen werden durch eine besonders konstruierte Streulampe ausgesandt und von einem Empfänger am Ende der Versuchsstrecke registriert. Werden die Strahlungen unterbrochen, und das geschieht immer, wenn sich ein Mensch zwischen dem Sender und Empfänger bewegt, dann löst diese Unterbrechung die Alarmvorrichtung aus, die zudem noch anzeigt, an welchem Orte die Störung aufgetreten ist - was umso wichtiger ist, als ja die Landesgrenzen verschiedentlich oft sehr unübersichtliche Formen aufweisen: Busch, Wald, Wiesen, Täler und Höhen. Durch diese Registratur kam also ein langes, unsichtbares Auflauern etc. in Fortfall kommen.

Die Lampe, die diese Strahlen des Verrats aussendet, war bisher das Haupthindernis bei der Durchkonstruktion des Apparates, da ultrarote Strahlen in solchen Mengen, wie sie benötigt werden, allein nicht ausgesandt werden können: sie werden immer in Verbindung mit anderen, wahrnehmbaren Strahlen gegeben werden müssen. Nunmehr aber ist eine Lampe konstruiert worden, die durch rotierende Blenden selbst die optisch durch das Auge wahrnehmbaren Strahlen abblendet und nur die unsichtbaren Strahlen ausstrahlt, sodass also mit grösster Lichtintensität gesendet, die Grenze aber unsichtbar gesperrt werden kann.

Mit diesem optischen Raumschutz, der sich die neuesten Forschungen der Physik des Lichtes zu eigen macht, kann die Grenze nicht nur in ihrer Breite und Länge, sondern auch nach grösseren Höhen hin geschützt werden. Die Erfindung ist in Fachkreisen seit Jahren bekannt, wird aber jetzt zum ersten Male

Öffentlich in Tätigkeit gesetzt und so ausprobiert, dass sie jedem Interessenten zugänglich ist. Selbstverständlich wird dabei auch die Gegenwirkung zugleich mit ausprobiert. Bisher war es immer möglich, an älteren Apparaten dieses Systems, durch das sogenannte Ueberblenden, die ultraroten Lichtstrahlen, besonders aber den Alarmempfänger unwirksam zu machen und dadurch im praktischen Falle dennoch die Grenze für die Schmuggler zu öffnen. Das vollzog sich in der Form, dass man einfach die Sendelampe ausfindig machte und sie mit einer stärkeren Lampe, etwa einem lichtstarken Autoscheinwerfer, überblendete. In dieser neuen Konstruktion hat man dem bereits Rechnung getragen und durch Steigerung der Lichtfrequenz, ähnlich wie beim Wechselstrom, diese Gegenwirkung ausgeglichen.

Es werden sicherlich noch längere Zeiten vergehen, ehe der Apparat so weit gebrauchsfertig ist, dass man damit alle Grenzen sichern kann, denn noch sind die praktischen Gegenwirkungen, die in dem rein atmosphärischen Wirken, in der Natur selbst liegen, noch nicht erforscht. Sie werden bei den ultraroten Strahlen der Grenzen genau so geheimnisvoll aber deutlich wirksam sein wie heute bei den viel länger durchforschten Störungen der elektrischen Schwingungswellen des Radio. Hoffen wir indes, dass bald in Deutschland eine Politik gegen Zollmauern und Autarkieeseleien getrieben wird und deshalb solcherart Grenzschutz nicht erst aufgeboten zu werden braucht.

S.

+ + +  
Der König der Autodiebe. Der in mehr als dreihundert Fällen schuldige Chef der Berlin-Steglitzer Autodiebesbande, der Kaufmann Paul Höhne, hat sich der Berliner Kriminalpolizei gestellt. Nachdem zwei seiner Komplizen, der Kaufmann Rindfleisch und der Kaufmann Klewitz, bereits Ende vergangener Woche verhaftet werden konnten, war der gesamte grenzdeutsche Fahndungsdienst auf Höhne aufmerksam gemacht worden. Der Gesuchte sah keine Möglichkeit mehr, ins Ausland zu flüchten. Höhne ist sofort festgenommen worden; gleichzeitig mit den Strafverfahren gegen ihn und seine Komplizen werden eine Reihe von Strafverfahren gegen Käufer gestohlener Autos eröffnet werden. Die Staatsanwaltschaft ist der Meinung, dass alle diejenigen, die zu nächtlicher Stunde auf entlegenen Landstrassen Autos kauften, gewusst haben, dass sie sich der Hehlererei schuldig machten.

+ + +  
Drama eines Arztes. In Berlin schied der aus Wien stammende 52 Jahre alte Facharzt Dr. med. St. Fiado gemeinsam mit seiner Haushälterin durch Giftfreitod aus dem Leben. Wirtschaftliche Not, verstärkt durch den Andrang der Gläubiger, schuf die Verzweiflungsstimmung, die die Tat erklärt.

+ + +  
6 Devisenschieber. In Berlin und Beuthen wurden am Montag und Dienstag sechs Personen unter dem Verdacht der Devisenschiebung festgenommen. Der Hauptverdächtige heisst Heller.

+ + +  
Wilhelm Feldmann +. 72 Jahre alt verstarb in Lübeck der mit seinen Bildern in zahlreichen Sammlungen vertretene Heidemaler Professor Wilhelm Feldmann.

+ + +  
57 Grubenopfer! In dem südafrikanischen Bergwerk Geldenhois Deeb kamen 57 weisse und eingeborene Bergarbeiter durch Grubenbrand ums Leben.

+ + +  
Tragischer Freitod. In Essen nahm sich ein Kriminalassistent das Leben. Er glaubte es nicht verwinden zu können, dass ihm ein Verbrecher entlaufen war.

+ + +



Der Alabama-Prozess. Vor dem höchsten amerikanischen Gerichtshof in Washington wurde im Berufungsverfahren gegen die wegen angeblicher Vergewaltigung von zwei weissen Prostituierten zum Tode verurteilten acht Alabama-Neger im Alter von 13 bis 21 Jahren verhandelt; das Urteil des Gerichts ist erst Ende dieser Woche zu erwarten. Mit den einzelnen Zeugenaussagen, die stark von einander abwichen, befassten sich die Verteidiger nur wenig. Sie machten vielmehr geltend, dass bei dem früheren Prozess vor dem Gericht in Alabama die Rechte ihrer Mandanten nicht gewahrt worden seien; insbesondere wiesen sie darauf hin, dass sich unter den Geschworenen entgegen der geltenden Vorschrift kein Neger befunden habe.

Der Todeszug. In Brons (Frankreich) wurden drei Frauen von einem Schnellzug überfahren und getötet.

Entführt. Der Chikagoer Bankpräsident Collins wurde von Banditen entführt. Die Verbrecher bemühen sich von der Frau des Entführten 5 000 Dollar Lösegeld zu erpressen.

Gefährlicher Fussballkampf. Bei einem in der Nähe von Messina stattgefundenen Fussballwettkampf beobachteten etwa 250 Menschen das Spiel vom Dach eines Schuppens aus. Als infolge der Ueberlastung plötzlich das Dach einbrach, erlitten etwa 50 Personen Verletzungen.

100 Millionen Jahre! In der Nähe von Billings (Montana, USA) fand der Kurator der Urweltabteilung des New-Yorker Naturhistorischen Museums in einer tiefliegenden Kreideschicht das Skelett eines Nodosaurus, eines bisher nur durch Knochenabdrücke bekannten etwa 100 Millionen Jahre alten Urwaldtieres.

Sturm überm Meer! In der Ostsee wüten schwere Stürme. Ein finnischer Dampfer ist überfällig; ein anderes finnisches Schiff und ein lettischer Motorschoner gerieten in schwere Seenot, konnten jedoch geborgen werden.

Gestrandet. Das italienische Motorschiff "Citta di Agrigento" ist bei dichtem Nebel bei Cap Tagiura (nordafrikanische Küste) gestrandet. Die "Citta di Agrigento" verkehrt auf der Strecke Sizilien - Tripolis.

Mordaufklärung. Der aus Bobelnick (Kreis Neumark/Schlesien) stammende 21jährige Landwirtssohn Paul Franz gestand, am 1. Oktober in seinem Heimatorte den Landbriefträger Barm aus dem Hinterhalt erschossen zu haben. Als Motiv gibt der Täter Rachsucht an.

Cechinis Revolververkauf. Der der vorsätzlichen Ermordung seiner aus Berlin stammenden Ehefrau Eva geb. Koppel beschuldigte Italiener Luigi Cechini, der sich vor dem Schwurgericht in Locarno zu verantworten hat, wurde in der Dienstag-Verhandlung belastet. Eine Zeugin bekundete, wie sie weniger Stunden vor der Tat von Cechini gefragt worden sei, wo er einen Revolver kaufen könne. Auch der Waffenhändler, bei dem Cechini den Revolver kaufte, wurde vernommen.

# Glossen

ERSCHEINT NACHBEDARF

Korps Saxonia.

SPD. Wenn die feinen Leute sich streiten, erfährt das Volk die Wahrheit! Herr Bracht hat kürzlich 24 gesinnungstüchtige Beamte gefördert, von denen nicht weniger als 11 adlig waren. 40 Prozent, das ist bekanntlich der Satz, mit dem vor dreissig Jahren der Adel in der Verwaltung vertreten war. Der Verdacht lag nahe, dass bei den 11 ausgewählten adligen Herren noch andere Beziehungen vorliegen müssten, die sie zu Auserwählten des Kabinetts der Barone gemacht haben. Man erhält jetzt Klarheit darüber durch lautes Geschrei der nationalsozialistischen Konkurrenz. Dort gibt es auch Herren vom Adel, auch gesinnungstüchtige Reaktionäre, die sich jetzt darüber beschweren, dass man ihnen andere vorgezogen hat. Bei diesem Geschrei verraten sie das Ausleseprinzip nach dem das Kabinett der Barone vorgegangen ist. Es sind ernannt worden: Graf von Degenfeld-Schonberg zum Oberpräsidenten in Niederschlesien, Freiherr von Nordenflycht zum Polizeipräsidenten in Magdeburg, Herr von Kottwitz zum Polizeipräsidenten in Kassel und ein Herr Kretschmer zum Regierungsdirektor in Berlin. Alle vier gehören dem Korps Saxonia, Göttingen an, wie die nationalsozialistische Presse feststellt. Zum Korps Saxonia Göttingen aber gehört auch der Reichsinnenminister Freiherr von Gayl! Hier werden die Fäden sichtbar, die das Kabinett der Barone mit seinen auserwählten Beamten verbinden.

Die nationalsozialistische Presse entrüstet sich über die Handlungsweise des Herrn von Gayl und kündigt an, dass auf dem nächsten Kongress des Kösender S.C. Verbandes dagegen Protest erhoben werden wird. Da tritt ein Gegensatz zwischen dem Korps Saxonia als bevorzugten Korps und anderen Korps zutage, die ebenso gerne bevorzugt sein möchten. Der Gegensatz zwischen Nationalsozialisten und Deutschnationalen, soweit er in der Schicht der feinen Leute zutage tritt, entpuppt sich damit als ein wüstes Geraufe feudaler studentischer Korps um die Futterkrippe!

100 000 Mark Gehalt!

Die "Deutsche Zeitung" Nr. 237b, das Organ der Leute, die sich jetzt mit Macht im Reich und in Preussen an die Futterkrippe drängen, zitiert unter der Überschrift "Mammutgehälter für Parteibonzen" einen Aufsatz aus der Monatschrift "Deutschlands Erneuerung". Darin wird in üblicher Weise an den Neid gegenüber den Gehältern von hohen Beamten appelliert. Versteht sich nur insoweit als sie aus Linkskreisen stammen! Denn dass die gleichen Gehälter den Herren von und zu, den Angehörigen feudaler Korps von rechtswegen zustehen, und noch viel zu niedrig sind, versteht sich für die deutschnationalen Futterkrippenjäger von selbst. In ihrer Hetze gegen republikanische Beamte zitiert die "Deutsche Zeitung":

"Die Höhe ihrer Gehälter offenbarte die Gerichtsverhandlung des jüngst abgesetzten Kölner Polizeipräsidenten Bauknecht, eines ehemaligen Lithographen, der mit einem pensionsfähigen Gehalt von 111 500 Mark in das Beamtenverhältnis übernommen wurde."

Nur ein Druckfehler, aus Versehen eine Eins zu viel? Denn die "Deutsche Zeitung" wird doch niemand glauben machen wollen, dass ein preussischer Polizeipräsident über 100 000 Mark Gehalt bezieht! Aber ist es wirklich nur ein Druckfehler? Die reaktionären Klatschbasen, die die bösartigsten Verleumdungen gegen linksstehende Beamte von Mund zu Mund weitertragen, werden nun erzählen: "Haben Sie es in der "Deutschen Zeitung" gelesen, der frühere Litho-

graph Bauknecht in Köln - über 100 000 Mark Gehalt!"

Wirklich, ein merkwürdiger Druckfehler, ein höchst willkommener Druckfehler für alle reaktionären Verleumder.

Nur nicht drängeln!  
-----

Als Herr Röhm Angst bekam vor seinen eigenen nationalsozialistischen Leuten, sah er sich nach anständigen und vertrauenswürdigen Leuten in Deutschland um, denen er sich offenbaren könnte und dann flüchtete er zu dem Reichsbannerführer Major Mayr.

Der Stahlhelmführer Ritter von Lenz polemisierte auf einer Stahlhelmkundgebung in München zur Hindenburgfeier heftig gegen die Dolchstoßpolitik des Hakenkreuzes, und dann sprach er: "Er scheue auch nicht zurück, gegebenenfalls Schulter an Schulter mit dem Reichsbannermann zu stehen, denn es gehe hier immer um Deutschland, nie um die Partei."

Erst Herr Röhm, dann der Ritter von Lenz - es ist ein merkwürdiger Zug zum Reichsbanner. Nur nicht drängeln, meine Herren!

Wer ist der Feind?  
-----

An allen Ecken und Enden der Welt werden Luftkriegsübungen abgehalten. Es wird der Menschheit vorgeführt, was sie im nächsten Krieg zu erwarten hat. Solche Luftmanöver wurden über Rom abgehalten. Dabei nahm die Vatikanstadt insoweit teil, als sie sämtliche Lichter löschte und in Dunkelheit hüllte. Diese Tatsache hat in der katholischen französischen Presse eine gewisse Erregung hervorgerufen. Man hat protestiert gegen diese Teilnahme an den Militärmanövern einer weltlichen Macht, mit der der Heilige Stuhl den Glauben erwecken könne, dass er einen Angriff von französischer Seite auf den Vatikan befürchte. Es wird dagegen im Namen der französischen Katholiken protestiert.

In dieser Polemik liegt ein Geständnis! Wenn Italien Luftmanöver veranstaltet, so ist die Voraussetzung, dass Frankreich der Feind ist. Diese Voraussetzung wird in Frankreich selbst stillschweigend anerkannt, woraus hervorgeht, welche grauenhafte Vergiftung der Völkerbeziehungen derartige Luftmanöver darstellen.

Auch in Deutschland werden sogenannte Luftabwehrmanöver veranstaltet. Es sind daran stellenweise Kinder und heranwachsende Jugend beteiligt worden. Voraussetzung solcher Manöver ist ein Feind, der aus der Luft friedliche Städte angreift. Es ist selbstverständlich, dass die Frage "wer ist der Feind?" auch in der heranwachsenden Jugend gestellt wird. Welche Antwort wird der Jugend auf diese Frage offiziell gegeben? Welche Antwort entnimmt sie der vergiftenden Propaganda einer gewissen Sorte von Presse?

Wer ist der Feind - das ist die Frage, die über jedem solchen Manöver steht. Im Verhältnis Frankreich-Italien hat sie eine Antwort gefunden, die deshalb erschütternd ist, weil auf beiden Seiten Übereinstimmung darüber herrscht. Ist die Welt blind geworden? Bleiben solche Symptome eines herannahenden neuen Weltbrandes unerkant und unbeachtet?

Der ganz legale Gefängnisplan.  
-----

Jede Befehlsstelle der Kölner Nationalsozialisten ist im Besitz eines Lageplanes des Kölner Gefängnisses, der im Masstab 1:600 hergestellt ist und sämtliche Hauptabteilungen des Gefängnisses mit genauer Beschriftung enthält. Da scheint jemand den Gedanken gehabt zu haben, dass bei Gelegenheit ein netter kleiner Sturm auf das Gefängnis gemacht werden soll. Natürlich ganz legal, wie ja auch der Plan ganz legal ist. Ausgerechnet ein Plan vom Gefängnis aber! Das lässt tief blicken!

## Sparkassen und Parzellenkäufe.

Unsere Forderung: Stellt für die Stadtflucht Land zur Verfügung.

SPD. Die Sparkassen halten es an der Zeit, sich gegen die Parzellenkäufe zu wenden, die z.B. in Berlin, aber auch anderswo, einen unglaublichen Umfang angenommen haben. Die Sparkassen haben schon recht: Der Parzellenkauf ist nicht ohne Gefahr und nicht ohne Risiko. Der Käufer trennt sich von seinen Notgroschen, legt sich durch die Verpflichtung, die Parzelle abzuzahlen, eine schwere Fessel um's Bein und läuft Gefahr, sein Erspartes völlig zu verlieren, wenn es irgendwie schief geht und zur Zwangsversteigerung kommt. In der Parzelle sind die Ersparnisse keineswegs sicher angelegt. Das Geschäft macht in der Regel der Parzellenverkäufer, der das Land billig ersteht und es zu horrenden Preisen losschlägt.

Mit diesen Hinweisen lassen sich aber die Parzellenkäufe, die nun schon seit Jahren anhalten und sich neuerdings wieder steigern, nicht abtun. Hinter der Bewegung stehen zwei wirksame Ueberlegungen. Einmal handelt es sich wohl darum, den ersparten Groschen zu sichern. Man hat von einer Inflation genug. Gegenüber einer zweiten Inflation will man sicher gehen. Und Grund und Boden erscheint den meisten bombensicher. Die Grossen, die ganz Gerissenen, haben, als die Finanz- und Kreditkrise über Deutschland reinbrach, ihr Geld in's Ausland gebracht. Der frühere Reichsarbeitsminister Dr. Stegerwald schätzte einmal die deutsche Kapitalflucht auf 8 Milliarden Mark und seitdem dürften sich die Dinge nicht wesentlich geändert haben. Andere halten ihr Geld in der Schublade, im Strumpf. Sie horten es. Das ist das berühmte Strumpfgeld, das seinerzeit auf etwa 1,5 Milliarden Mark geschätzt wurde. Der kleine Mann kaufte sich und kauft sich heute noch seine Parzelle. Ein Teil der Abzüge bei den deutschen Sparkassen während der letzten Jahre muss in diese Parzellenkäufe gewandert sein. Man kann ganz genau feststellen, wie sich unter Einfluss der politischen Verwirrung in Deutschland die Parzellenkäufe steigerten. Sie hängen eng mit dem nationalsozialistischen Geschwätz vom Federgeld und von der Binnenmark, mit der Furcht vor dem Bürgerkrieg usw. zusammen. Die Erschütterung der Finanzkrise tat dann das Uebrige. Kann man es dem kleinen Mann übel nehmen, wenn er hinging und sich seine Parzelle kaufte? Der Parzellenkauf ist noch nicht das Unsinnigste, was die Finanzkrise gezeitigt hat. Schliesslich sind durch die Parzellenkäufe grosse Kapitalmengen mobilisiert und in die Wirtschaft geleitet worden.

Wenn sich das an unsern Spargeldern unangenehm bemerkbar macht, dann kann man den Instituten, die die Spargelder betreuen, nur sagen: Sorgt dafür, dass in Deutschland wieder eine vernünftige Politik getrieben wird, dass sich wieder Vertrauen auf den Geld- und Kapitalmärkten einstellt; sorgt dafür, dass die Rechte der Sparer nicht wieder durch Notverordnungen zugunsten wichtiger Interessentenschichten misshandelt werden, und man wird sehen, dass viele, die sich eine Parzelle gekauft haben, lieber ihr Geld den Sparkassen anvertrauen. Aber dann muss in Deutschland erst wieder vernünftig regiert werden, was heute nicht der Fall ist.

Nun die zweite Ueberlegung, die zum Parzellenkauf führt. Es handelt sich zuguterletzt um die Stadtflucht. Man will aus der Grosstadt heraus. Man will den Sonntag über auf seiner Parzelle im Freien und im Grünen leben. Man will

sich, seine Kartoffeln, seinen Kohl, seine Bohnen, seinen Salat selbst ziehen. Man hat das Gefühl, dass der Grosstädter gegenüber der Krise weit widerstandsfähiger, also, wie man so sagt, weit krisenfester ist, wenn er seinen Kleingarten von 1 000 bis 2 000 Quadratmetern hinter sich hat. Und darin hat der Grossstädter, der so denkt, völlig recht. Aber auch im Rahmen der Gesamtwirtschaft ist die Kleingartenbewegung gar nicht von der Hand zu weisen. Viele Probleme in der Gemüse- und Obstproduktion und im Absatz - wir denken nur an die Edelobstversorgung, an die Versorgung mit Früh- und Spätgemüse - sind nun mit Hilfe des Kleingartens zu lösen. Es wäre wirtschaftlich verkehrt, wenn man sich aus irgend welchen Rücksichten gegen die Stadtfucht stemmen wollte, die in der Kleingartenbewegung ohne Zweifel zum Ausdruck kommt. Man soll auch daran erinnern, dass die Mark, die für einen Quadratmeter Kleingarten ausgegeben wird, nicht aus dem Fenster geworfen wird, dass diese Mark äusserst rentabel angelegt ist, wenn man den Kleingarten richtig aufzieht. Es wäre eine Aufgabe der Sparkassen, diese Bewegung zu fördern. Wege dazu könnten die Sparkassen wohl schon finden. Im übrigen ist es an der Zeit, wenn man den Parzellenverkäufern mehr auf die Finger sieht. Dass mit Parzellen vielfach grosser Wucher getrieben wird, ist bekannt.

Leider hat die Republik versäumt, sich frühzeitig dem Hunger nach Land anzupassen. Länder und Gemeinden hätten den Stadtrandsiedlern und den Kleingärtnern billiges Land zur Verfügung stellen müssen. Die Sozialdemokratie hat das immer gefordert; aber die bürgerlichen Parteien haben sich auf Profitrücksichten gegen diese Forderung gewehrt. Es wird jetzt die höchste Zeit, dass man dieser Forderung nachkommt. Länder und Gemeinden haben nichts davon, wenn sie ängstlich Land in ihrem Besitz behalten, das ihnen keinen Nutzen, sondern schliesslich nur Defizite bringt. Dieses Land, in einer vertretbaren Form an Siedler und Kleingärtner gegeben, wird glückliche Menschen und auch wirtschaftliche Bedeutung erlangen.

SPD. Die Vereinigte Stahlwerke A.G. (Ruhrtrust), der mächtigste Konzern in der deutschen Schwerindustrie, berichtet über das letzte Quartal des im September abgelaufenen Geschäftsjahres 1931/32 und gibt damit wichtige Anhaltspunkte für den bevorstehenden Jahresabschluss.

Die Produktion ist im vierten Quartal des Geschäftsjahres 1931/32, also in der Zeit von Juli bis September 1932, gegenüber dem vorhergehenden Vierteljahr weiter gesunken, wenn auch in den Bergbaubetrieben der Förderrückgang nahezu zum Stillstand gekommen ist. Die Kohlenförderung betrug 3,38 gegen 3,43 Millionen Tonnen und die Koksproduktion 0,89 gegen 0,95 Millionen Tonnen. Erheblich stärker dagegen war noch der Produktionsrückgang in den Eisenbetrieben. Die Leistungen der Hochöfen sanken von 0,51 auf 0,45 Millionen Tonnen und die Rohstahlerzeugung von 0,60 auf 0,44 Millionen Tonnen. Die Gesamtproduktion betrug:

	1931/32	1930/31
	( in Millionen )	( Tonnen )
Kohle	14,28	18,36
Koks	3,86	5,67
Roheisen	2,09	3,28
Rohstahl	2,19	3,69

Noch deutlicher als in den Produktionsziffern spiegelt sich die innere Krankheit des Stahlvereins in der Entwicklung der Jahresumsätze seit dem letzten Konjunkturjahr 1929 wider. Seit seiner Gründung erreichte der Stahlverein im Geschäftsjahr 1928/29 seinen Höchstumsatz mit 1445,3 Millionen Mark. Im Geschäftsjahr 1929/30 sank der Umsatz auf 1261,5 Millionen. 1930/31 wurde nur noch ein Jahresumsatz von 849,1 Millionen erzielt. In dem jetzt abgeschlossenen Geschäftsjahr 1931/32 schrumpften die Umsätze weiter, um nahezu 40 %

auf 522,5 Millionen Mark zusammen.

Ungeheuerlich sind die Krisenopfer, die die Belegschaft des Stahlvereins zu bringen hatte. Im September 1929 waren in den Betrieben 176 716 Mann beschäftigt, im September 1930 noch 137 708, im Herbst vergangenen Jahres nur 97 090; zurzeit ist die Gesamtbelegschaft des Stahlvereins auf 81 768 Arbeiter gesunken. In der gleichen Zeit ging die Zahl der Angestellten von 15 331 auf 11 343 Personen zurück.

Dazu kam ein rigoroser Lohnabbau, der sich aber, entgegen den Versprechungen, nicht in einer Verbilligung der Produkte auswirkte.

Dass der Ruhrtrust krank ist, kränker, als die Welt glaubt, ist gar nicht zu bezweifeln. Ein Mammutunternehmen wie der Ruhrtrust steht in seiner gegenwärtigen Verfassung jeder Wirtschaftsankurbelung im Wege. Muss sich doch jeder fragen, was das Gewitter an der Ruhr bringen wird, wenn es sich eines guten Tages entladet. Je länger man aber zögert, je länger man aber in unbegründetem Optimismus, wie Fritz Thyssen das tut, macht, desto mehr häufen sich die Kombinationen und die Befürchtungen, die nichts anderes sind als eine neue Vertrauenskrise. Durch den überhasteten und nie restlos motivierten Aufkauf der Gelsenkirchener Bergwerks A.G. hat das Reich Einfluss auf die Vereinigte Stahlwerke erhalten. Sollte das Reich nicht die Pflicht haben, hier reinen Tisch zu machen, ohne Rücksicht darauf, dass es sicherlich im Stahlverein Dinge gibt, die die Lupe zu scheuen haben.

---

#### Berliner Viehmarkt.

---

(11.Okt.)

SPD. Bei genügendem Angebot, fast 13 000 Tiere, und ruhigem Geschäft gaben die Preise am Schweinemarkt in allen Klassen nach. Nicht ganz so einheitlich war die Preisabflachung auf dem Hammelmarkt, wo gute Stallmastlämmer gesucht waren. Am Kälbermarkt waren im grossen und ganzen die Preise gehalten. Der Rindermarkt war reichlich beschickt.

Notierungen: Schweine: a) über 300 Pfund 47 - 48 (48-49), b) 240 - 300 Pfd. 44 - 46 (44-47), c) 200 bis 240 Pfd. 41 - 44 (43-45), d) 160 - 200 Pfd. 38 - 40 (40-42), e) 120 - 160 Pfd. 35 - 37 (37-38), Sauen 38 - 40 (38-32). Schafe: a) 30 - 31 (31-32) b) 33 - 35 (33-36), c) 28 - 32 (30-32), d) 14-26 (16-27). Kälber: b) 48 - 55 (48-56) c) 38 - 50 (37-48), d) 20-30 (20-30). Kühe: a) 24-25 (26-27), b) 20-23 (22-24), c) 16-19 (18-21) d) 10-15 (13-17).

---

SPD. Die Spätkartoffelernte in Preussen wird mit 28,53 Millionen Tonnen angegeben gegenüber 27,61 Millionen Tonnen im Vorjahr. Die Futerrübenernte stellt sich auf 5,55 Millionen Tonnen (im Vorjahr 8,52 Mill.Tonnen), die Ernte an Futerrüben auf 17,19 Millionen Tonnen (16,39 Mill.to), an Kohlrüben auf 6,76 Millionen Tonnen (6,41 Mill.to), an Mohrrüben auf 0,39 Millionen Tonnen (0,40 Mill.to), und an Weisskohl auf 0,62 Millionen Tonnen (0,59 Mill.to). Sehr hoch ist die Zwiebelernte ausgefallen. Sie wird mit 90 000 Tonnen angegeben gegen 79 000 Tonnen im Vorjahr.

---

Verschärfung.

(Berliner Getreidebörse vom 11. Okt.)

SPD. Die Berliner Produktenbörse verkehrte am Dienstag in schwacher Haltung. Das Angebot der Landwirtschaft an Weizen und Roggen hatte sich merklich vergrößert, ohne auf genügende Kauflust zu stossen. Die Mühlen hielten sich bei dem schleppenden Mehlabatz weiter sehr zurück. Nennenswerte Aussichten für den Export bestanden nicht, zumal die Veranlagung des Weltmarktes gleichfalls recht schwach ist. Infolgedessen konnten sich die Kurse nicht behaupten. Rogge wurde teilweise gestützt, sodass er am Promptmarkte nur  $1\frac{1}{2}$  Mark verlor. Im handelsrechtlichen Lieferungsgeschäft gingen die Roggenkurse um 3 Mark zurück, während Weizen sowohl im Promptverkehr als auch am Lieferungsmarkt je 3 Mark verlor. Am Mehlmarkt waren zwar die Forderungen der Mühlen teilweise wieder erneut herabgesetzt; jedoch konnte sich kein irgendwie nennenswertes Geschäft entwickeln. Auch für Hafer zeigte sich nur wenig Kauflust des Konsums, sodass auch dieser Markt zur Schwäche neigte. Gerste wurde in prima Brauqualitäten weiter verlangt, während sich das Futtergerstegeschäft beruhigt hatte.

	<u>10.10.</u>	<u>11.10.</u>
	(ab märkische Station in Mark.)	
Weizen	202 - 204	199 - 201
Roggen	$156\frac{1}{2}$ - $158\frac{1}{2}$	155 - 157
Braugerste	174 - 184	175 - 185
Futter- und Industriergerste	167 - 173	167 - 174
Hafer	135 - 140	134 - 139
Weizenmehl	25,50 - 28,75	25,25 - 28,50
Roggenmehl	20,25 - 22,75	20,20 - 22,70
Weizenkleie	9,40 - 9,75	9,40 - 9,75
Roggenkleie	8,40 - 8,80	8,40 - 8,80

Handelsrechtliche Lieferungsgeschäfte: Weizen Oktober - bis  $210\frac{3}{4}$  (Vortag -), Dezember  $213-211\frac{3}{4}$  ( $215\frac{1}{2}$ ), März  $216\frac{3}{4} - 215\frac{1}{2}$  (218), Roggen Oktober  $165\frac{1}{2}-164$  ( $167\frac{1}{4}$ ), Dezember  $165-164\frac{1}{2}$  ( $167\frac{3}{4}$ ), März  $168\frac{1}{4}-167\frac{3}{4}$  (171), Hafer Oktober  $143\frac{1}{2}-143$ .

Rauhfutternotierungen.

Drahtgepresstes Roggenstroh (Quadratballen)	.....Rd	0,65 - 0,80
" " Weizenstroh "	.....Rd)	
" " Haferstroh "	.....Rd)	0,45 - 0,60
" " Gerstenstroh "	.....Rd)	
Roggen=Langstroh, 2 mal mit Stroh gebündelt	.....Rd	0,70 - 0,90
Bindfadengepresstes Roggenstroh	.....Rd	0,50 - 0,70
" " Weizenstroh	.....Rd	0,45 - 0,55
Häcksel	.....Rd	1,30 - 1,45
Gutes Heu, gesund und trocken	.....Rd	1,20 - 2,15
Luzerne, lose	.....Rd	2,10 - 2,40
Thymthee, lose	.....Rd	2,20 - 2,50
Kleeheu, lose	.....Rd	2,-- - 2,30
Drahtgepresstes Heu	.....Rd	0,40 über Notit.

Tendenz ruhig.

Tendenz still.

# Gewerkschaftliche Bündschau ✘

Schluss mit der Lohnsenkung!

-----  
Die Holzarbeiter gegen die Notverordnung.

SPD. In der Holzindustrie sind in den letzten Jahren die Verdienste außerordentlich stark gesunken. Zu dem tariflichen Lohnabbau kam noch ein empfindlicher Verdienstausfall infolge von Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit. Während des laufenden Jahres waren in keinem Monat weniger als 60% der Mitglieder des Deutschen Holzarbeiterverbandes arbeitslos. Zur Zeit beträgt die Arbeitslosigkeit mehr als 66%; nur im Baugewerbe ist sie noch grösser. Die freiorganisierten Holzarbeiter haben daher in ihrer Stellungnahme zur Lohnnotverordnung der Reichsregierung auf der Beiratstagung des Verbandes, die dieser Tage in Berlin stattfand, in schärfster Form gegen den neu angekurbelten Lohnabbau Stellung genommen.

Im Holzgewerbe sind die tariflichen Verhältnisse zur Zeit sehr verworren. Bis zum Februar 1931 bestand ein zentraler Tarifvertrag, der mit dem Arbeitgeberverband der Deutschen Holzindustrie und des Holzgewerbes abgeschlossen war. Nach dessen Ablauf war diese Unternehmerorganisation nicht mehr im stande, eine zentrale Regelung herbeizuführen. Es wurden Tarifverträge mit den einzelnen Bezirksverbänden des Arbeitgeberverbandes abgeschlossen. Dieser ist allmählich als Tarifpartner völlig ausgeschieden; an seine Stelle traten Innungsverbände und sonstige Unternehmerorganisationen. Der Umfang des Gebietes, in dem Tarifverträge gelten, ging bedeutend zurück. Wo noch Tarifverträge bestehen, werden meist nur für kurze Dauer, für etwa zwei bis drei Monate, Lohnabkommen getroffen, und bei jeder Erneuerung müssen sich die Arbeiter gegen neue Lohnabbauforderungen zur Wehr setzen. Auch die Notverordnung vom 5. September, die den Unternehmern erhebliche Lohnsenkungen gestattet, ist kein Schutz gegen weitere Tarifkündigungen und weitere Versuche zur Senkung des Lohnes.

Einmütig stellte sich der Beirat des Deutschen Holzarbeiterverbandes hinter die Forderung der Verbandsleitung, dass nun mit der Lohnsenkung Schluss sein müsse. Allseitig kam auf der Tagung der Wille zum Ausdruck, dass allen Versuchen, den Lohn der noch beschäftigten Holzarbeiter noch tiefer herabzudrücken, jeder nur mögliche Widerstand entgegengesetzt wird. Die Kampfstimmung des Beirates fand ihren Ausdruck in der geschlossenen Annahme folgender Entschliessung:

"Durch die Notverordnungen der gegenwärtigen Reichsregierung ist der Grundsatz und der Wert des Tarifvertrages auf das schwerste erschüttert. Der Verbandsbeirat bringt zum Ausdruck, dass der Tarifvertrag dem Verband niemals als Selbstzweck, sondern immer nur als zweckmässiges Mittel der Regelung und Sicherung der Arbeitsbedingungen gegolten hat. Wo der Tarifvertrag diese Bedingung nicht mehr erfüllt, wird es der Verband vorziehen, die Bindungen des Tarifvertrages zu verlassen, um sich die Freiheit in der Gestaltung der Arbeitsverhältnisse zu sichern. Indem der Verbandsbeirat den Vorstand beauftragt, in diesem Sinne die Lohn- und Vertragsbewegung des Verbandes zu führen, appelliert er gleichzeitig an die Verbandsmitglieder und an alle Holzarbeiter und



Holzarbeiterinnen, durch die Stärkung der Organisation die Widerstandskraft gegen Lohnraub zu verstärken."

Der Beirat beschäftigte sich im übrigen mit inneren Verbandsangelegenheiten. Er beschloss, ähnlich wie die übrigen Gewerkschaften ebenfalls im Laufe des Winters eine umfassende Werbeaktion durchzuführen.

SPD. Die Lohnsenkungsverordnung der Reichsregierung hat bis jetzt nur die Profitgier gerissener Unternehmer angekurbelt. Einen neuen Beweis dafür liefert der Streik der Belegschaft der Steingutfabrik Villeroy & Boch in Torgau. 973 Personen stehen im Kampf, weil sie die sinnlose notverordnete Lohnkürzung nicht hinnehmen wollten und konnten. Vor der Neueinstellung bekamen die 700 Arbeiter der Belegschaft einen Durchschnittsstundenlohn von 50 Pfennig, in 48 Wochenarbeitsstunden betrug die Lohnsumme 16 800 Mark. Neueingestellt wurden 273 Personen, und angekündigt wurden eine durchschnittliche Lohnkürzung von 8% und eine Arbeitszeitverkürzung auf 36 Stunden. Dadurch hätten 973 Beschäftigte eine Wochenlohnsumme von nur 16 113 Mark erhalten. Rund 700 Mark Lohnkaufkraft und ausserdem die Unterstützungskraft der 273 Neueingestellten wären also damit verloren gewesen. Die Firma hätte die Kürzung der Lohnsumme in Höhe von rund 700 Mark pro Woche und dazu die Steuergutscheine im Werte von 2 000 Mark pro Woche als glatten Verdienst buchen können, ohne dass damit der Wirtschaft der geringste Dienst erwiesen worden wäre. Im Gegenteil: der Konkurrenzdruck dieses ganz modern eingerichteten Betriebes, der ohnehin den anderen Steingut-Industriellen das Leben schwer macht, hätte sich noch verstärkt. Die führende Gewerkschaft im Betrieb, der Verband der Fabrikarbeiter Deutschlands, wird alles daran setzen, den Konflikt ohne Nachteil für die Arbeiter zu beenden.

Bei dem Streik in Torgau stehen die "aufbauwilligen Kräfte" der Nation, die Nazis, mit der RGO in einer Front. Vor wenigen Wochen schimpften sie sich noch gegenseitig rote und braune Morbanditen; jetzt sind die beiden brüderlich vereint. Wenn Versammlungen stattfinden, in denen kommunistische Reichs- und Landtagsabgeordnete ihre Phrasen dreschen, werden sie von uniformierten Nazis flankiert. Links und Rechts sind in Torgau ein Herz und eine Seele.

Auf der anderen Seite begrüsst die Frau des bestreikten Direktors ihren Nazi-Architekten, der ihre Villa baute, mit dem Hitler-Gruss, und dem Nazi-Betriebsleiter Faust, der die Nazizellen im Betrieb aufbaute, soll es, als er seine Garde zum Tore hinausmarschieren sah, ganz schwummerig geworden sein.

Man sieht auch hier wieder, dass die saubere Nazi- und Kozibrüderschaft, wie sie wiederholt im Reichstag wie in den Landtagen trotz gelegentlicher Prügeleien in Erscheinung trat, auch in den untersten Reihen Thälmanns und Hitlers gepflegt wird - wenn es gegen die Gewerkschaften geht. Kein Wunder, wenn schon jetzt in den Wahlkampfdebatten die Hitlerleute ganz offen damit drohen, sie würden, wenn man sie nicht bald an die Macht herantlasse, mit den Kommunisten gemeinsame Sache machen. Adolf Hitler, der angebliche Preisfechter im Kampf gegen die Kommune, will also selbst Kommunist werden. Warum auch nicht. In der Politik ist ja Deutschland längst das Land der unbegrenzten Unmöglichkeiten.

Holzarbeiterinnen, durch die Stärkung der Organisation die Widerstandskraft gegen Lohnraub zu verstärken."

Der Beirat beschäftigte sich im übrigen mit inneren Verbandsangelegenheiten. Er beschloss, ähnlich wie die übrigen Gewerkschaften ebenfalls im Laufe des Winters eine umfassende Werbeaktion durchzuführen.

-----

SPD. Die Lohnsenkungsverordnung der Reichsregierung hat bis jetzt nur die Profitgier gerissener Unternehmer angekurbt. Einen neuen Beweis dafür liefert der Streik der Belegschaft der Steingutfabrik Villeroy & Boch in Torgau. 973 Personen stehen im Kampf, weil sie die sinnlose notverordnete Lohnkürzung nicht hinnehmen wollten und konnten. Vor der Neueinstellung bekamen die 700 Arbeiter der Belegschaft einen Durchschnittsstundenlohn von 50 Pfennig, in 48 Wochenarbeitsstunden betrug die Lohnsumme 16 800 Mark. Neueingestellt wurden 273 Personen, und angekündigt wurden eine durchschnittliche Lohnkürzung von 8% und eine Arbeitszeitverkürzung auf 36 Stunden. Dadurch hätten 973 Beschäftigte eine Wochenlohnsumme von nur 16 113 Mark erhalten. Rund 700 Mark Lohnkaufkraft und ausserdem die Unterstützungskraft der 273 Neueingestellten wären also damit verloren gewesen. Die Firma hätte die Kürzung der Lohnsumme in Höhe von rund 700 Mark pro Woche und dazu die Steuergutscheine im Werte von 2 000 Mark pro Woche als glatten Verdienst buchen können, ohne dass damit der Wirtschaft der geringste Dienst erwiesen worden wäre. Im Gegenteil: der Konkurrenzdruck dieses ganz modern eingerichteten Betriebes, der ohnehin den anderen Steingut-Industriellen das Leben schwer macht, hätte sich noch verstärkt. Die führende Gewerkschaft im Betrieb, der Verband der Fabrikarbeiter Deutschlands, wird alles daran setzen, den Konflikt ohne Nachteil für die Arbeiter zu beenden.

Bei dem Streik in Torgau stehen die "aufbauwilligen Kräfte" der Nation, die Nazis, mit der RGO in einer Front. Vor wenigen Wochen schimpften sie sich noch gegenseitig rote und braune Moribanditen; jetzt sind die beiden brüderlich vereint. Wenn Versammlungen stattfinden, in denen kommunistische Reichs- und Landtagsabgeordnete ihre Phrasen dreschen, werden sie von uniformierten Nazis flankiert. Links und Rechts sind in Torgau ein Herz und eine Seele.

Auf der andern Seite begrüsst die Frau des bestreikten Direktors ihren Nazi-Architekten, der ihre Villa baute, mit dem Hitler-Gruss, und dem Nazi-Betriebsleiter Faust, der die Nazizellen im Betrieb aufbaute, soll es, als er seine Garde zum Tore hinausmarschieren sah, ganz schwummerig geworden sein.

Man sieht auch hier wieder, dass die saubere Nazi- und Kozibrüderschaft, wie sie wiederholt im Reichstag wie in den Landtagen trotz gelegentlicher Prügeleien in Erscheinung trat, auch in den untersten Reihen Thälmanns und Hitlers gepflegt wird - wenn es gegen die Gewerkschaften geht. Kein Wunder, wenn schon jetzt in den Wahlkampfdebatten die Hitlerleute ganz offen damit drohen, sie würden, wenn man sie nicht bald an die Macht herantlasse, mit den Kommunisten gemeinsame Sache machen. Adolf Hitler, der angebliche Preisfechter im Kampf gegen die Kommune, will also selbst Kommunist werden. Warum auch nicht. In der Politik ist ja Deutschland längst das Land der unbegrenzten Unmöglichkeiten.

SPD. Die Verlagsgesellschaft des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes (Berlin S. 14. Inselstrasse 6a) hat das "Jahrbuch 1931 des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes" fertiggestellt. Damit liegt nunmehr der X. Band der Jahrbücher des ADGB vor. Der Wert der Jahrbücher der Gewerkschaften liegt in ihrer auf der Berichterstattung über zurückliegende Ereignisse aufgebauten Orientierung für die kommenden Kämpfe der Arbeiterbewegung. Eine solche Orientierung ist heute, wo das politische und auch wirtschaftliche Kampfgebiet durch die mit der Krise verbundenen Irrungen und Wirrungen zum Teil sehr undurchsichtig geworden ist, notwendiger denn je. Wir kommen in Kürze auf das neue Jahrbuch zurück. Es ist 325 Seiten stark. Sein Ladenpreis beträgt gebunden 6,80, kartoniert 6 Mark. Organisationspreis geb. 5,10, kart. 4,50 Mark.

Im Verlag des Internationalen Gewerkschaftsbundes (Berlin SO 16. Köpenickerstr. 113) ist soeben "Die Gewerkschaftsbewegung in Frankreich" aus der Feder von Leon Jouhaux erschienen. Die Schrift, die, 51 Seiten stark, als Band XI der vom IGB herausgegebenen Internationalen Gewerkschaftsbibliothek erscheint, gibt einen instruktiven Überblick über die Grundtatsachen der Entwicklung der französischen Gewerkschaften. Der Preis der Schrift beträgt für Deutschland Mk. =,75. Sie wurde von uns bereits bei ihrem Erscheinen in französischer Sprache besprochen.

SPD. In Marseille ist vor einigen Tagen bei einer Schiffahrtsgesellschaft ein Streik der Seeleute ausgebrochen, der allmählich grösseren Umfang annimmt. Die Ursache des Streiks liegt in der Weigerung der Gesellschaft, den Seeleuten in den indo-chinesischen Häfen die Wechselprämie, die bisher gewährt wurde, weiterzuzahlen.

Zunächst trat die gesamte Mannschaft des Dampfers "Ankor" in den Streik. Das Schiff konnte erst einen Tag später mit Aushilfsmannschaft die Ausreise antreten. Die Gewerkschaft der Seeleute ersuchte hierauf den Minister für die Handelsmarine um Vermittlung in dem Konflikt. Der Minister schlug im Einvernehmen mit der Gesellschaft vor, die Prämie bis zum 1. Februar 1933 weiterzuzahlen, sie dann aber ohne jede Diskussion abzuschaffen. Dieser Vorschlag wurde von den Gewerkschaften abgelehnt. Inzwischen sind die Mannschaften von drei weiteren Ostasien-Dampfern in den Streik getreten. Ueber einen neuen Vorschlag des Ministers, der eine Herabsetzung der Prämie vorsieht, wird zur Zeit noch verhandelt.

SPD. In der Zigarrenindustrie soll bei Neueinstellungen keine Lohnsenkung erfolgen, weil der im Juli abgeschlossene neue Tarifvertrag bereits eine allgemeine Lohnsenkung brachte. Der Reichsverband Deutscher Zigarrenhersteller hat eine entsprechende Empfehlung bereits an seine Mitglieder herausgegeben.

SPD. Ein glänzendes Zeugnis für die Solidarität der freigewerkschaftlichen Arbeiterschaft Niederlands ergibt sich aus einer vom Niederländischen Gewerkschaftsbund soeben veröffentlichten Statistik. Danach wurden in den elf Jahren von 1921 bis 1932 etwa 3,5 Millionen Gulden an freiwilligen Streikunterstützungen eingesammelt. Allein für den Streik in der Textil- und Strohappen-Industrie wurden durch Sammlungen in wenigen Monaten 883 000 Gulden aufgebracht.